Informationen zur

Tarifpolitik

WSI

Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches
Institut in der
Hans-Böckler-Stiftung
(WSI)

Verantwortlich:
Prof. Dr. Heide Pfarr

Redaktion:
Dr. Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40276 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-248
Fax: 0211 / 7778-250
E-Mail: tarifarchiv@wsi.de
www.tarifvertrag.de
ISSN 1861-1842

Tarifpolitischer Jahresbericht 2008:

Tarifpolitik in der Finanzkrise

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1 Das Tarifjahr 2008 im Überblick 1
2 Tarifergebnisse in Zahlen und Fakten 5
2.1 Lohn- und Gehaltsentwicklung 5
2.2 Arbeitszeit 9
2.3 Arbeitskampfgeschehen 10
3 Ausgewählte Tarifrunden 11
3.1 Stahlindustrie 11
3.2 Öffentlicher Dienst 13
3.3 Chemische Industrie 17
3.4 Metallindustrie 20
4 Entsendegesetz und Mindestarbeits-bedingungengesetz 23
5 Ausblick auf die Tarifentwicklung 2009 26

Anhang: Grafiken und Tabellen 29

Düsseldorf, Januar 2009

Weitere Tarifinfos im Internet:
www.tarifrunde-2009.de
www.tarifvertrag.de
www.lohnspiegel.de

Hans Böckler Stiftung

A b k ü r z u n g s v e r z e i c h n i s

Für Tarifverträge

ETV	=	Entgelttarifvertrag
ERTV	=	Entgeltrahmentarifvertrag
GRTV	=	Gehaltsrahmentarifvertrag
GTV	=	Gehaltstarifvertrag
LRTV	=	Lohnrahmentarifvertrag
LTV	=	Lohntarifvertrag
MTV	=	Manteltarifvertrag
RTV	=	Rahmentarifvertrag
TV	=	Tarifvertrag
Verg.TV	=	Vergütungstarifvertrag

Für Gewerkschaften

IG BAU	=	IG Bauen-Agrar-Umwelt
IG BCE	=	IG Bergbau, Chemie, Energie
GEW	=	Gew. Erziehung und Wissenschaft
IGM	=	Industriegewerkschaft Metall
NGG	=	Gew. Nahrung-Genuss-Gaststätten
GdP	=	Gew. der Polizei
TRANSNET	=	TRANSNET Gewerkschaft GdED
ver.di	=	Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Zusammenschluss der Gewerkschaften: Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) Deutsche Postgewerkschaft (DPG) Gew. Handel, Banken und Versicherungen (HBV) IG Medien (IG Med.) Gew. Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)

Für Tarifbestimmungen

AG	=	Arbeitgeber
AN	=	Arbeitnehmer
Ang.	=	Angestellte
Arb.	=	Arbeiter
AT	=	Arbeitstage
Ausz.	=	Auszubildende
Ausl.	=	Auslösung
AV	=	Ausbildungsvergütung
AZ	=	Arbeitszeit
Bj.	=	Berufsjahre
BV	=	Betriebsvereinbarung
BZ	=	Betriebszugehörigkeit
E	=	Entgelt
G	=	Gehalt
Gr.	=	Gruppe
L	=	Lohn
LGr.	=	Lohngruppe
Lj.	=	Lebensjahr
ME	=	Monatseinkommen
Qual.	=	Qualifikation
Ratio	=	Rationalisierungsbestimmunge
S	=	Sonstige Bestimmungen
SZ	=	Sonderzahlung (13. Monatsgehalt, Jahressonderzahlung o.ä.)
Tj.	=	Tätigkeitsjahre
Url.	=	Urlaub
U-Geld	=	Urlaubsgeld
unbefr.	=	unbefristet
UT	=	Urlaubstage
VermL.	=	Vermögenswirksame Leistungen
WT	=	Werktag
W-Geld	=	Weihnachtsgeld
Z	=	Zuschläge/Zulagen

1 Das Tarifjahr 2008 im Überblick

Gespaltene Entwicklung

Das Tarifjahr 2008 zeigt im Rückblick ein gespaltenes Bild: Im ersten Halbjahr standen die Tarifauseinandersetzungen unter dem Eindruck der noch relativ gut laufenden Konjunktur und im Zusammenhang damit auch der deutlich spürbaren Verringerung der registrierten Arbeitslosigkeit. Die lohnpolitische Erwartungshaltung der Beschäftigten war angesichts der positiven Gewinnsituation in vielen Branchen entsprechend hoch, die äußeren Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Tarifrunde der Gewerkschaften günstig. Zwar verdunkelte die „Subprime"-Krise in den USA die ökonomischen Zukunftsperspektiven, aber ob und welche konkreten Auswirkungen dies auf die realwirtschaftliche Entwicklung in Europa und speziell in Deutschland haben würde, war unter Experten umstritten und hatte auf die konkreten Tarifverhandlungen zunächst keinen spürbaren Einfluss. Die tarifpolitische Entwicklung zeichnete daher zunächst ein vorwiegend positives Bild. In einer Reihe von Branchen gelang es den Gewerkschaften, deutlich höhere Tarifabschlüsse als in den Vorjahren zu tätigen. In einzelnen Tarifbereichen wurden Abschlussraten von bis zu 5 % und knapp darüber erreicht. Im öffentlichen Dienst gelang nach Jahren faktischer Nullrunden erstmals ein Abschluss deutlich über der Inflationsrate. Wichtig für das weitere Tarifgeschehen waren vor allem die Stahlindustrie und die chemische Industrie, dort konnten die Gewerkschaften die günstige Entwicklung des Vorjahres fortsetzen.

Im September 2008 wurde mit der offen ausbrechenden Krise der amerikanischen Investmentbanken gewissermaßen der Schalter umgelegt: Die Insolvenz von Lehman Brothers und in der Folge der dramatische Einbruch des Dow Jones an der Wallstreet markierten einen Wendepunkt. Von Tag zu Tag wurde die Gefahr einer weltweiten Rezession größer, auch wenn dies in den realwirtschaftlichen Indikatoren zunächst noch nicht sichtbar wurde. Erst im 4. Quartal stürzte die wirtschaftliche Entwicklung regelrecht ab. Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie war die erste, die unter dem Eindruck der akuten Finanzmarktkrise stattfand. Gewissermaßen in letzter Sekunde setzte die IG Metall einen Tarifabschluss von insgesamt 4,2 % sowie Pauschal- und Einmalzahlungen durch. Im Bankgewerbe setzten die Tarifparteien die Verhandlungen im Oktober aus und erzielten bis zum Jahresende keinen Abschluss. Insgesamt präsentierten sich die Gewerkschaften kampfbereit: In zahlreichen Branchen kam es zu Warnstreiks und Protestaktionen. Die teilweise sehr hohe Beteiligung dokumentierte die Bereitschaft der Mitglieder zur Unterstützung der gewerkschaftlichen Forderungen (siehe Punkt 2.3.)

Forderungen und Abschlüsse

Für die Tarifrunde 2008 entscheidend waren die anhaltend positive Gewinnentwicklung der privaten Wirtschaft, die kräftige, teils exzessive Steigerung der Manager- und Vorstandsbezüge und das bei den Beschäftigten ausgeprägte Gefühl, am jahrelangen Aufschwung bislang nicht oder nur unzureichend partizipiert zu haben. Die daraus resultierende Erwartungshaltung der Beschäftigten fand ihren Niederschlag auch in den Tarifforderungen. Sie wurden

zusätzlich durch die stark steigenden Verbraucherpreise getrieben, die im Laufe des 1. Halbjahres eine Zuwachsrate von bis zu 3,3 % im Vorjahresvergleich erreichten. Die Lohn- und Gehaltsforderungen der Gewerkschaften fielen deshalb 2008 noch einmal höher aus als im Vorjahr. Den Spitzenreiter bildete der öffentliche Dienst. Dort forderte die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft eine Tarifanhebung von 8 %, mindestens jedoch 200 €. Ebenfalls 8 % forderten die Gewerkschaften u. a. in der Stahlindustrie, in der Metallindustrie, im Bankgewerbe und in der Papierverarbeitung. Erstmals seit 2004 stellte die IG BCE für die chemische Industrie mit 7 % wieder eine bezifferte Forderung auf. In anderen Branchen blieben die Forderungen mit 4,5 bis 5,5 % deutlich darunter (vgl. Übersicht 1).

Übersicht 1: Tarifforderungen in der Tarifrunde 2008 in ausgewählten Tarifbereichen

Bankgewerbe	8 % mind. 260 €
Chemische Industrie	7 %
Deutsche Post AG	7 %
Eisen- und Stahlindustrie	8 %
Kfz-Gewerbe Nordrhein-Westfalen	5 %
Landwirtschaft	5,5 %
Metallindustrie	8 %
Nahrung-Genuss-Gaststätten	4,5 - 6 %
Öffentlicher Dienst (Bund, Gemeinden)	8 % mind. 200 €
Papier verarbeitende Industrie	8 %
Redakteure an Tageszeitungen und Zeitschriften	7,5 %
Textil- und Bekleidungsindustrie	5,5 %

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Nach dem Kündigungsterminkalender liefen die Tarifverträge im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) Ende Dezember 2007 als erste aus, gefolgt von der Eisen- und Stahlindustrie Ende Januar 2008. Die Entgelttarifverträge in der chemischen Industrie liefen regional unterschiedlich zwischen Ende Februar und Ende April aus. Die Verträge im westdeutschen Kfz-Gewerbe endeten überwiegend ebenfalls Ende Februar.

Den ersten wichtigen Abschluss gab es am 20.2.2008 in der **Eisen- und Stahlindustrie** (vgl. Punkt 3.1). Für Februar wurde eine Pauschale von 200 € gezahlt, zum 1.3.2008 folgte eine Tarifanhebung um 5,2 % mit einer Laufzeit bis Ende März 2009. Am 31.3.2008 vereinbarten die Tarifparteien im **öffentlichen Dienst** (Bund, Gemeinden) einen Sockelbetrag von 50 € sowie eine Anhebung um 3,1 % ab dem 1.1.2008 (für die Gemeinden Ost erfolgte beides ab 1.4.2008), es ging weiter mit einer Einmalzahlung von 225 € zum Jahresbeginn 2009 und einer Stufenerhöhung von 2,8 % ebenfalls ab dem 1.1.2009 mit einer Laufzeit bis Ende 2009 (vgl. Punkt 3.2). Am 16.4.2008 erreichte die IG BCE für die **chemische Industrie** folgenden Abschluss: Regional unterschiedlich gab es ab März/April/Mai 2008 eine Tarifanhebung von 4,4 %, gefolgt von einer Stufenerhöhung von 3,3 % ab April/Mai/Juni 2009. Für die ersten 13 Monate wird eine zusätzliche Einmalzahlung von 0,5 % gezahlt. Die Gesamtlaufzeit beträgt 25 Monate (vgl. Punkt 3.3).

In anderen Branchen gelangen ebenfalls Abschlüsse oberhalb der Inflationsrate: In der **Landwirtschaft** sieht die Bundesempfehlung eine Erhöhung von 3,8 % ab dem 1.3.2008 und eine Stufenerhöhung von 3,2 % ab dem 1.2.2009 bei einer Laufzeit bis Ende März 2010 vor. In der **Textil- und Bekleidungsindustrie** wird nach einem Nullmonat und einer Pauschale für April und Mai 2008 in Höhe von 200 € eine Tariferhöhung von 3,6 % ab dem 1.6.2008 gezahlt. Die Laufzeit reicht bis Ende Februar 2009. Bei der **Deutschen Post AG** sieht der Tarifabschluss für die Monate Mai bis Oktober eine Pauschale von 200 € vor, anschließend erhalten die Beschäftigten eine Tariferhöhung von 4,0 % und eine nochmalige Steigerung um 3,0 % ab 1.12.2009 mit einer Laufzeit bis Ende Juni 2010. In der **Energiewirtschaft** NRW (GWE-Bereich) steigen die Tarife ab dem 1.7.2008 um 4,0 %, ein Jahr später folgt eine Stufenerhöhung von 3,5 % bis Ende Juni 2010. In der **Papier verarbeitenden Industrie** umfasst der Tarifabschluss nach einem Nullmonat eine Tariferhöhung von 3,9 % ab dem 1.5.2008 sowie eine Stufenerhöhung von 2,9 % ab dem 1.5.2009 für weitere 12 Monate.

Geringere Tariferhöhungen wurden im **Einzelhandel** vereinbart: Dort gelang am 10.7.2008 erst nach über einjährigen Verhandlungen der erste regionale Tarifabschluss der Branche in Baden-Württemberg. Er beinhaltete eine Pauschalzahlung von 400 € für die ersten 12 Monate, ab April 2008 erhöhten sich die Tarife für die folgenden 12 Monate um 3 %. Im **Brauereigewerbe** Nordrhein-Westfalen gab es ebenfalls ein Plus von 3,0 % für das Jahr 2008. Auch im **Hotel- und Gaststättengewerbe** Nordrhein-Westfalen betrug die Tariferhöhung 3,0 % ab 1.3.2008, ein Jahr später folgt einer Stufenerhöhung um 2,5 % mit einer Laufzeit bis Ende Mai 2010.

Übersicht 2: Ausgewählte Lohn- und Gehaltsabschlüsse West und Ost für 2008

Abschluss	Tarifbereich	Ergebnis
23.01.2008	**Landwirtschaft**	Bundesempfehlung: **3,8** % ab 01.03.08 **3,3** % Stufenerhöhung ab 01.02.09, Laufzeit bis 31.03.10
20.02.2008	**Eisen- und Stahlindustrie** Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen	200 € Pauschale für Februar 2008 **5,2 %** ab 01.03.08, Laufzeit bis 31.03.09
21.02.2008	**Hotel- und Gaststättengewerbe** Nordrhein-Westfalen	**3,0** % ab 01.03.08 **2,5** % Stufenerhöhung ab 01.03.09, Laufzeit bis 31.05.10
07.03.2008	**Kfz-Gewerbe** Hessen	Nach 1 Nullmonat (März) **2,5 %** ab 01.04.08 **2,0 %** Stufenerhöhung ab 01.12.08 **2,0 %** Stufenerhöhung ab 01.12.09, Laufzeit bis 30.04.10
11.03.2008	**Textil- und Bekleidungsindustrie** West	Nach 1 Nullmonat (März) 200 € Pauschale insg. für April und Mai 2008 **3,6 %** ab 01.06.08, Laufzeit bis 28.02.09
31.03.2008	**Öffentlicher Dienst** Bund, Gemeinden West und Ost	50 € Sockelbetrag plus **3,1 %** ab 01.01.08 (Gemeinden Ost: beides ab 01.04.08) **2,8 %** Stufenerhöhung ab 01.01.09 225 € Einmalzahlung zum 01.01.2009, Laufzeit bis 31.12.09 (Abweichungen bei Krankenhäusern, Nahverkehr und Versorgung)
16.04.2008	**Chemische Industrie** West	**4,4 %** regional unterschiedlich ab 03/04/05/2008 **3,3 %** Stufenerhöhung ab 04/05/06/2009, Laufzeit bis 03/04/05/2010 Einmalzahlung von 0,5 % für die ersten 13 Monate

30.04.2008	**Deutsche Post AG**	200 € Pauschale insg. für Mai - Oktober **4,0 %** ab 01.11.08 **3,0 %** Stufenerhöhung ab 01.12.09, Laufzeit bis 30.06.10
29.05.2008	**Energiewirtschaft** Nordrhein-Westfalen (GWE)	**4,0 %** ab 01.07.08 **3,5 %** Stufenerhöhung ab 01.07.09, Laufzeit bis 30.06.10
10.07.2008	**Einzelhandel** Baden-Württemberg	400 € Pauschale insg. für April 2007 - März 2008 **3,0 %** ab 01.04.08, Laufzeit bis 31.03.09
01.08.2008	**Deutsche Lufthansa AG**	**5,1 %** ab 01.07.08 **2,3 %** Stufenerhöhung ab 01.07.09 Einmalzahlung und ergebnisabhängige Komponente von bis zu 2,4 % der Jahresgrundvergütung, Laufzeit bis 28.02.10
12.11.2008	**Metallindustrie** Baden-Württemberg (Pilotabschluss)	510 € Pauschale insg. für November 2008 - Januar 2009 **2,1 %** ab 01.02.09 **2,1 %** ab 01.05.09 (auf Basis des Entgelts Nov. 2008) 122 € Einmalzahlung im September 2009, Laufzeit bis 30.04.10 0,4 % Einmalzahlung jeweils für Januar - April 2010 (Finanzierung Altersteilzeit)

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: Dezember 2008

Im **Kfz-Gewerbe** gelang der erste regionale Abschluss in Hessen mit einer Tariferhöhung von 2,5 % ab April 2008, einer Stufenerhöhung von 2,0 % ab Dezember 2008 und ein Jahr später weiteren 2,0 %. Ähnliche Abschlüsse gab es auch in anderen regionalen Tarifbereichen. In Nordrhein-Westfalen ließ der zuständige Verband die Verhandlungen mit der IG Metall kurz vor der endgültigen Einigung platzen und gab sein tarifpolitisches Mandat ganz auf. Kurz zuvor hatte der Verband mit der konkurrierenden „Christlichen Gewerkschaft Metall“ einen Tarifvertrag zu deutlich schlechteren Konditionen abgeschlossen. Die IG Metall versuchte anschließend, über Firmentarifverträge die Tarifbindung schrittweise wieder herzustellen.

Bei der **Deutschen Lufthansa** setzte ver.di für das Bodenpersonal nach viertägigem Arbeitskampf Anfang August Gehaltssteigerungen von 5,1 % rückwirkend ab Anfang Juli durch, gefolgt von einer Stufenerhöhung von 2,3 % ein Jahr später sowie Pauschal- und ergebnisabhängige Einmalzahlungen.

Weitere tarifpolitische Stationen des Jahres 2008: Im März konnte der Tarifstreit zwischen der Deutschen Bahn AG sowie den drei Gewerkschaften Transnet, GDBA und GDL seit dem Herbst 2007 laufende Tarifkonflikt beigelegt werden (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2008). Die GDL erhielt die tarifpolitische Zuständigkeit für die Lokführer. Die GDL sowie die Tarifgemeinschaft aus Transnet und GDBA verpflichteten sich, die Tarifverträge der jeweils anderen Gewerkschaft anzuerkennen. Transnet und GDBA vereinbarten ein Tarifwerk zu einem neuen Entgeltsystem, das aus einem Basistarifvertrag und sechs funktionsspezifischen Tarifverträgen besteht.

In der chemischen Industrie vereinbarten die Tarifparteien einen Tarifvertrag "Lebensarbeitszeit und Demografie". Er fasst Regelungen zu Langzeitkonten, Altersteilzeit, Berufsunfähigkeitszusatzversicherung, Teilrente und zur tariflichen Altersvorsorge zusammen. In der Metallindustrie wurde ein Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente abgeschlossen, der die Altersteilzeit sowie das Altersteilzeitentgelt regelt. Auch in anderen Branchen wurden Tarifregelungen zur Altersteilzeit vereinbart.

Die Regulierung des Niedriglohnsektors steht nach wie vor aus. Die Erweiterung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes ist nach anderthalbjährigen Verhandlungen immer noch nicht verabschiedet, obwohl einige Branchen bereits seit langem Mindestlohntarifverträge vereinbart haben. Das Gleiche gilt für das Mindestarbeitsbedingungengesetz (vgl. Punkt 4).

2 Tarifergebnisse in Zahlen und Fakten

2.1 Lohn- und Gehaltsentwicklung

Die DGB-Gewerkschaften schlossen 2008 in ganz Deutschland **Lohn- und Gehaltstarifverträge** für 11,1 Mio. Beschäftigte ab, davon für 9,6 Mio. in den alten und 1,5 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht rund 57 % der von Tarifverträgen erfassten Beschäftigten. Für weitere 4,6 Mio. Beschäftigte traten Stufenerhöhungen in Kraft, die bereits 2007 oder früher vereinbart wurden (vgl. Tabelle 1). Bei rund 3,7 Mio. Beschäftigten liefen 2008 oder früher die Vergütungstarifverträge aus, aber es kam bis zum Jahresende (noch) nicht zu Neuabschlüssen bzw. es traten keine Tarifanhebungen in Kraft.

Abschlussrate

Die tarifliche **Abschlussrate** belief sich gesamtwirtschaftlich im Durchschnitt auf 5,2 % (2007: 5,2 %), in Westdeutschland betrug die Rate 5,1 %, in Ostdeutschland 6,2 % (vgl. Tabelle 2). Die Abschlussrate schließt *alle*, ggf. auch 2009 und später in Kraft tretenden *tabellenwirksamen* Erhöhungen ein. Nicht berücksichtigt werden Pauschalzahlungen und zusätzliche Einmalzahlungen, die sich nicht dauerhaft in den Tariftabellen niederschlagen. Die Spannweite der durchschnittlichen Gesamtabschlussraten reicht von 3,0 % im Wirtschaftsbereich Handel, 4,1 % im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, 4,4 % im Investitionsgütergewerbe, über 5,4 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, 6,8 % im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, 7,0 % im Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft bis zu 8,3 % im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung.

Diese Gesamtabschlussraten sind allerdings von begrenzter Aussagekraft, weil sie sich immer auf die gesamte, je nach Tarifbereich sehr unterschiedlich lange Laufzeit der Tarifabkommen beziehen. Berücksichtigt man lediglich die **im Jahr 2008** abgeschlossenen und auch in Kraft getretenen Tariferhöhungen, ergibt sich eine Abschlussrate von 4,0 % (West: 3,9 %, Ost: 5,0 %). Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich für 2008 eine Streuung zwischen 3,0 % und 5,6 % (vgl. Tabelle 2). Zu berücksichtigen ist stets, dass die Erhöhungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten im Jahresverlauf wirksam wurden.

Wie bereits in den Vorjahren spielten auch im Jahr 2008 „**Nullmonate**" bei den Tarifabschlüssen eine bedeutende Rolle. Für rund 7,9 Mio. (2007: 8,2 Mio.), das entspricht rund 71 % der von Neuabschlüssen begünstigten Beschäftigten, gab es Tarifabschlüsse mit verzögerter Anpassung der Lohn- und Gehaltserhöhungen. 47 % mussten zwischen 1 - 3 Monate auf die reguläre Tariferhöhung warten, für weitere 2,6 % vergingen 4 - 5 Monate bis zur ersten Tarifsteigerung, gut 21 % mussten sogar 6 und mehr Nullmonate akzeptieren. Als Ausgleich vereinbarten die Gewerkschaften für gut vier Fünftel (81,5 %) der davon betroffenen

Beschäftigten Pauschalzahlungen, die durchschnittlich 116 € (West: 118 €, Ost: 101 €) im Monat betrugen (vgl. Tabelle 3).

Laufzeiten

Der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend zu längeren Laufzeiten hat sich im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die **Laufzeit** der Vergütungstarifverträge im Jahr 2008 beträgt durchschnittlich 22,4 Monate (2007: 22,2 Monate). Für rund 1,1 Mio. Beschäftigte (10,0 %) laufen die Abkommen zwischen 11 und 17 Monaten, für 3,5 Mio. (31,4 %) 18 Monate, für 6 Mio. (54,1 %) 24 Monate und länger, der Rest verteilt sich auf unterschiedliche Laufzeiten. Einen nennenswerten Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern gibt es nicht (vgl. Tabelle 4).

Laufzeit der Tarifverträge (in Monaten)

	1999	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**
West	13,8	21,5	14,1	18,1	20,4	21,8	25,2	21,6	22,2	22,2
Ost	14,7	23,3	16,4	19,7	21,0	22,0	28,4	24,7	21,9	23,4

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2008

Jahresbezogene Tarifsteigerung

Bei der jahresbezogenen Steigerung der tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden im Unterschied zur tariflichen Abschlussrate die Auswirkungen aus der (oft unterschiedlichen) Lage und Laufzeit der Tarifabkommen berücksichtigt. Auch werden ggf. im Berichtsjahr wirksam werdende Abschlüsse aus den Vorjahren sowie zusätzliche Einmalzahlungen und Pauschalzahlungen als Ausgleich für Abschlussverzögerungen mit einbezogen. Die jahresbezogene Tarifsteigerung setzt die durchschnittliche tarifliche Grundvergütung des gesamten Jahres 2008 zum Vorjahr in Bezug und erfasst insgesamt 15,8 Mio. ArbeitnehmerInnen. Diese **kalenderjährliche Steigerung** der Tarifverdienste 2008 gegenüber 2007 betrug für ganz Deutschland **2,9 %** (vgl. Tabelle 5). Am höchsten fiel die jahresbezogene Tarifsteigerung mit 4,4 % im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung aus, gefolgt vom Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft mit 3,7 % und dem Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 3,5 %. Unterdurchschnittlich war die Tarifsteigerung im Bereich Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe mit 2,7 %, im Investitionsgütergewerbe mit 2,6 % sowie im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 2,5 %. Am niedrigsten fiel die Steigerung im Handel mit 1,9 % aus.

In Ostdeutschland lag die kalenderjährliche Erhöhung mit 4,0 % deutlich höher als in Westdeutschland mit 2,7 %. Dies hängt maßgeblich mit der Anpassung des Tarifniveaus Ost im öffentlichen Dienst zusammen.

In Tarifbereichen mit 1,1 Mio. Beschäftigten liefen Vergütungstarifverträge im Jahr 2008 aus, ohne dass bis zum Jahresende neue Abschlüsse getätigt wurden. Bezieht man diese Tarifbereiche mit ein, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung geringfügig von 2,9 auf 2,8 %. In Tarifbereichen mit weiteren 2,5 Mio. Beschäftigten sind die Tarifverträge bereits 2007 oder in den Jahren zuvor ausgelaufen ohne nachfolgende Abschlüsse. Setzt man die Tarifstei-

gerung für diese Bereiche mit 0 % an, dann sinkt die jahresbezogene Tarifsteigerung für 2008 insgesamt auf gut 2,4 %.

Tarifsteigerung 2008 [1]

Wirtschaftsbereich	Ost	West	Gesamt
	%	%	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	3,9	3,6	3,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	3,6	2,8	3,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	3,7	3,2	3,3
Investitionsgütergewerbe	2,6	2,6	2,6
Verbrauchsgütergewerbe	2,7	2,9	2,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	2,7	2,5	2,5
Baugewerbe	3,0	3,0	3,0
Handel	1,7	1,9	1,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3,9	3,4	3,5
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	2,7	2,7	2,7
Priv. Dienstleistungen, Organ. o. Erwerbszweck	3,3	3,0	3,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	8,7	3,2	4,4
Gesamte Wirtschaft	**4,0**	**2,7**	**2,9**

1 Jahresbezogene Erhöhung der tariflichen Grundvergütung 2008 gegenüber 2007.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2008

Der Stand der tariflichen **Lohnangleichung** an das Westniveau kann an der Entwicklung der tariflichen *Grund*vergütung festgemacht werden. Für den Stichtag 31.12.2008 ergibt sich dabei folgendes Bild (vgl. Tabelle 6): Auf Basis von rund 50 Tarifbereichen/-branchen mit 1,8 Mio. erfassten Beschäftigten errechnet sich ein **durchschnittliches Tarifniveau von 96,8 %**. Damit ergibt sich *gesamtwirtschaftlich* ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,6 Prozentpunkte. Der wichtigste Grund liegt in der Anhebung des Tarifniveaus Ost im öffentlichen Dienst von 92,5 bzw. 97 % auf 100 % der Westtarife (siehe Punkt 3.2).

Tarifniveau Ost/West in %

1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
91,5	91,9	92,3	92,8	93,4	94,0	94,6	95,1	95,2	96,8

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2008

Über den Stand der **Angleichung** wichtiger manteltariflicher Regelungen und Leistungen in Ostdeutschland (wie z.B. Arbeitszeit, Urlaubs- und Weihnachtsgeld, vermögenswirksame Leistungen) gibt die Übersicht zu ausgewählten Tarifbereichen in Tabelle 12 Auskunft.

Die Steigerung der **Ausbildungsvergütungen** ist im vergangenen Jahr niedriger ausgefallen als 2007. Nach Berechnungen des Bundesinstituts für Berufsbildung ergibt sich ein Anstieg

von 2,2 % (West: 2,0 %, Ost: 2,9 %), der damit unter der Steigerung der tariflichen Grundvergütungen und auch unterhalb des Anstiegs der Verbraucherpreise liegt (BIBB 2008). Je nach Tarifbereich verbergen sich hinter diesen Durchschnittszahlen große Unterschiede: Gemessen an der Ausbildungsvergütung im dritten Ausbildungsjahr lagen die Beträge Ende 2008 in 4/5 der für diesen Tarifbericht ausgewählten 26 Tarifbereichen West/Ost unverändert auf dem Vorjahresniveau. Im Übrigen variierten die Anhebungen zwischen 1,1 % im Versicherungsgewerbe und 10,3 % in der Stahlindustrie (vgl. Tabelle 8).

Tarif-, Effektiv- und Reallohnentwicklung

Die durchschnittliche jahresbezogene Tarifsteigerung 2008 von 2,9 % liegt gerade einmal 0,3 %-Punkte über dem Anstieg der Lebenshaltungskosten von 2,6 %. Real stiegen die *tariflichen* Vergütungen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt also nur geringfügig. Angesichts des leicht rückläufigen Produktivitätsanstiegs wurde der **kostenneutrale Verteilungsspielraum** aus Preissteigerung (+2,6 %) und Produktivitätszuwachs (-0,1 %) mehr als ausgeschöpft. Über einen längeren Zeitraum betrachtet, ergibt sich folgendes Bild:

Tarifliche Ausschöpfung des neutralen Verteilungsspielraums*

1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008
-0,3	1,0	-1,6	-1,7	-0,2	0,2	-0,2	-1,8	-2,7	-0,6	0,4

* Saldo aus Verteilungsspielraum (Anstieg von Verbraucherpreisen + Produktivität) und Tariferhöhung
Quelle: Stat. Bundesamt, WSI-Tarifarchiv

Betrachtet man die *Effektiv*einkommensentwicklung in Gesamtdeutschland, so ergibt sich ein ungünstigeres Bild (vgl. Statistisches Bundesamt 2009): Die Summe der **Bruttolöhne und -gehälter** stieg 2008 um 3,6 %. Je beschäftigte/n Arbeitnehmer/in und je Arbeitnehmerstunde ergibt sich ein **Anstieg um 2,3 %**. Daraus ergibt sich, dass die Bruttoreallöhne 2008 zum fünften Mal in Folge gesunken sind. Die Differenz zwischen Tarif- und Effektivlohnentwicklung belegt die Fortsetzung der negativen Lohndrift.

Wirtschafts- und Verteilungsdaten 2007 – 2008

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	2007	**2008**
Bruttoinlandsprodukt	2,5	1,3
Verbraucherpreise	2,2	2,6
Produktivität/Stunde	0,8	-0,1
Tarifentgelte/Stunde*	2,2	2,9
Bruttoverdienste/Stunde	1,4	2,3
Lohnstückkosten/Stunde	0,0	2,1

* je tarifliche Arbeitstunde
Quelle: Stat. Bundesamt, WSI-Tarifarchiv

Erstmals seit über zehn Jahren sind die Lohnstückkosten (Arbeitskosten/Produktivität) im vergangenen Jahr mit 2,1 % etwas stärker angestiegen. Im europäischen Vergleich blieb es bei dem bekannten Bild: In allen wichtigen Konkurrenzländern innerhalb der EU wuchsen die Lohnstückkosten erheblich stärker als in Deutschland (IMK 2008).

2.2 Arbeitszeit

Die *gesamt*wirtschaftlichen Eckdaten der tariflichen Wochenarbeitszeit sind im Laufe des vergangenen Jahres weitgehend gleich geblieben. Die tarifliche **Wochenarbeitszeit** betrug Ende 2008 im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt in ganz Deutschland 37,6 Stunden (West: 37,4 und Ost: 38,8 Stunden) (vgl. nachstehende Übersicht sowie Tabelle 9). Angesichts der zahlreichen arbeitszeitbezogenen Öffnungsklauseln und Flexi-Bestimmungen (u.a. mit Kontenregelungen und langen Ausgleichszeiträumen) müssen die gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Zahlen zur tariflichen Arbeitszeitdauer eher als Referenzgrößen, denn als Beschreibung der tatsächlichen Arbeitszeitstandards angesehen werden.

Die tarifliche **Urlaubsdauer** (Endstufe) beträgt im gesamtdeutschen Durchschnitt unverändert 30,0 Tage (West: 30,1 und Ost: 29,5 Tage) (vgl. Tabelle 10).

Errechnet man auf Basis dieser und weiterer Einzelkomponenten die tarifliche **Jahresarbeitszeit**, so ergibt sich ein gesamtdeutscher Durchschnitt von 1.656,2 Stunden, für Westdeutschland 1.644,8 und für Ostdeutschland 1.715,4 Stunden (vgl. Tabelle 11).

Tarifliche Arbeitszeitregelungen 2008

Tarifregelung	**Ost**	**West**	**Gesamt**
Wochenarbeitszeit (Std.)	38,8	37,4	37,6
Anteil der Beschäftigten (in %) mit:			
bis zu 35	5,9	25,5	22,3
36 - 37	5,6	9,8	9,2
37,5 - 38,5	31,0	36,0	35,1
39 – 40 und mehr	57,2	28,2	32,7
Urlaub (Arbeitstage) [1]	29,5	30,1	30,0
Jahresarbeitszeit (Std.)	1.715,4	1.644,8	1.656,2

1 Endstufe.
Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2008

Tarifliche Wochen- und Jahresarbeitszeit 1999-2008 (in Std.)

		1999	**2000**	**2001**	**2002**	**2003**	**2004**	**2005**	**2006**	**2007**	**2008**
Woche	G	**37,7**	**37,7**	**37,7**	**37,7**	**37,7**	**37,6**	**37,6**	**37,6**	**37,6**	**37,6**
	W	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4	37,4
	O	39,2	39,1	39,1	39,1	39,0	38,9	39,0	38,9	38,8	38,8
Jahr	G	**1658,6**	**1657,8**	**1656,3**	**1656,0**	**1656,3**	**1655,7**	**1655,6**	**1657,0**	**1656,8**	**1656,2**
	W	1642,8	1642,5	1641,9	1642,6	1643,5	1643,3	1643,2	1644,7	1645,2	1644,8
	O	1729,9	1727,7	1724,2	1722,7	1721,9	1719,2	1718,9	1720,3	1716,4	1715,4

Stand: jeweils in Kraft zum 31.12. jeden Jahres. G=Gesamt, W=West, O=Ost
Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2008

2.3 Arbeitskampfgeschehen

Die Tarifauseinandersetzungen waren auch im Jahr 2008 häufig von Arbeitskampfmaßnahmen begleitet. Dabei zeigt ein genauerer Blick, dass Anlass, Umfang und Intensität erheblich differieren. Zu unterscheiden sind in formaler Hinsicht verhandlungsbegleitende Warnstreiks und reguläre Arbeitsniederlegungen nach vorheriger Urabstimmung. Von der strategischen Anlage her geht es entweder um offensive Erzwingungsstreiks zur Durchsetzung gewerkschaftlicher Forderungen oder um Abwehrstreiks gegen die Verschlechterung von Tarifstandards (siehe dazu ausführlich Dribbusch 2008). Inhaltlich standen im Tarifjahr 2008 Lohnforderungen im Vordergrund, aber Konfliktgegenstände waren auch manteltarifliche Fragen der Arbeitszeit, des Rentenübergangs und ganz generell die Aufrechterhaltung der Tarifbindung.

Warnstreiks
In einigen Branchen ist inzwischen fast jede Tarifrunde von Warnstreiks begleitet. Dies gilt z.B. für die Metall- und Elektroindustrie, in der in den vergangenen elf Jahren lediglich in zwei Jahren eine Einigung ohne Warnstreiks erreicht werden konnte. In diesem Jahr beteiligten sich zunächst im Juni 360.000 Metallerinnen und Metaller an Warnstreiks für eine neue tarifliche Altersteilzeitregelung. In der Entgeltrunde im Herbst konnte die IG Metall in mehreren Warnstreikwellen sogar mehr als 600.000 Beschäftigte mobilisieren. Zwei massive Warnstreikwellen mit 430.000 Beteiligten reichten letztlich auch im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden), um nach langwierigen Verhandlungen sowie einer gescheiterten Schlichtung doch noch eine Einigung zu erzielen. Weitere Warnstreiks gab es in dieser Tarifrunde u. a. auch in der Stahlindustrie, in der Papierverarbeitung, in der Textil- und Bekleidungsindustrie, in der Entsorgungswirtschaft, in der Energiewirtschaft und bei der Deutschen Post.

Erzwingungsstreiks
Zu einem klassischen Erzwingungsstreik rief ver.di nach erfolgreicher Urabstimmung in der diesjährigen Tarifrunde bei der Deutschen Lufthansa auf. Nach vier, von einem großen Medienecho begleiteten Streiktagen kam es hier zur Einigung.

Die längsten von Streiks begleiteten Tarifrunden fanden im Einzelhandel sowie im öffentlichen Dienst Berlins statt. In der über ein Jahr dauernden Einzelhandelstarifrunde führte ver.di zwischen Mai 2007 und Juli 2008 im gesamten Bundesgebiet mehr als 6.400 Streikaktionen durch. Diese reichten von Tagesstreiks bis zu einwöchigen Arbeitsniederlegungen. Die Unternehmerseite reagierte in großem Stil mit organisiertem Streikbruch. Im öffentlichen Dienst in Berlin waren seit August 2007 immer wieder Arbeitskampfmaßnahmen notwendig, bis schließlich im November 2008 eine Einigung erzielt werden konnte. In beiden Fällen war die Länge der Auseinandersetzung Ausdruck einer Pattsituation, in der es der Gewerkschaftsseite Probleme bereitete, die Blockade der Arbeitgeberseite durch den Aufbau effektiven wirtschaftlichen bzw. politischen Drucks zu überwinden.

Abwehrstreiks
In mehreren Fällen mussten sich Gewerkschaften mit Tarifflucht auseinandersetzen. Hierbei erzwang u. a. die IG Metall im Kfz-Gewerbe in Nordrhein-Westfalen durch Streik das Verbleiben der Lueg AG im Metalltarif. Nach einer Woche Streik wurde bei der Firma Va-

cuumschmelze im hessischen Hanau die Rückkehr in die Tarifbindung erreicht und beim norddeutschen Gerätehersteller Möller-Wedel konnte die IG Metall nach 15-tägigem Streik ebenfalls einen neuen Tarifvertrag durchsetzen.

Streiks von Berufsgewerkschaften

Nicht nur die DGB-Gewerkschaften, sondern auch zwei Berufsgewerkschaften führten im Jahr 2008 Arbeitskampfmaßnahmen durch. Dazu gehörte der Marburger Bund der Krankenhausärzte, der in der Tarifrunde an den Unikliniken Warnstreiks durchführte. Bei der Lufthansa führte nach ver.di auch die Pilotenvereinigung Cockpit (Warn-)Streiks vor allem bei einigen Tochtergesellschaften durch. Die Unabhängige Flugbegleiterorganisation (Ufo) kündigte ebenfalls Kampfaktionen an, so dass nach dem Tarifkonflikt von drei Gewerkschaften (Transnet, GDBA und GDL) mit der Deutschen Bahn erneut eine Debatte über konkurrierende Gewerkschaften und eine mögliche Begrenzung des Streikrechts aufbrach.

Übersicht: (Warn-)Streiks im Jahr 2008 in ausgewählten Tarifbereichen

Branche	Art/Dauer	Gegenstand	Beteiligte
Bankgewerbe	Protestaktionen/ Warnstreiks 3.7.-30.9.	Gehalt	19.800
Deutsche Lufthansa AG	Streik 28.7.-31.7.	Lohn, Gehalt	k.A.
Einzelhandel	(Warn-)Streiks	Lohn, Gehalt, Mantel	180.000*
Kfz-Gewerbe NRW	Warnstreiks 11.-14.3.	Lohn, Arbeitszeit	8.100
Metallindustrie	Warnstreiks 3.6.-26.06	Altersteilzeit	360.000
Metallindustrie	Warnstreiks 1.-10.11.	Lohn, Gehalt	611.500
Öffentlicher Dienst (Bund, Gemeinden)	Warnstreiks 14.2.-6.3.	Entgelt	430.000
Papierverarbeitung	Warnstreiks 10.4. - 8.5.	Lohn, Gehalt	6.000
Stahlindustrie NRW und Ost	Warnstreiks 1.2.-19.2.	Lohn, Gehalt	44.000
Textil-/Bekleidung West	Warnstreiks 1.-10.3.	Lohn, Gehalt	18.100

* Angaben für gesamte Tarifbewegung (April 2007 - Juli 2008)
Quelle: WSI-Tarifarchiv

3 Ausgewählte Tarifrunden

3.1 Stahlindustrie

Bereits zum dritten Mal in Folge konnte in der Stahlindustrie ein tarifpolitisches Ergebnis vereinbart werden, das sich deutlich aus dem tarifpolitischen Umfeld abhebt. Der vorangegangene Abschluss vom September 2006 hatte eine Pauschalzahlung von 500 €, eine Tarifanhebung von 3,8 % und eine zusätzliche Einmalzahlung von 750 € beinhaltet. Er lief Ende Januar 2008 aus. Angesichts der weiterhin hervorragenden Branchenkonjunktur (IG Metall 2007) stellte die IG Metall im Dezember 2007 für die Stahlindustrie in Niedersachsen, Bre-

men und Nordrhein-Westfalen sowie Ostdeutschland folgende Tarifforderungen auf, die sie unter die Überschrift „Mehr Geld und humanere Arbeitsbedingungen“ stellte:

- Erhöhung der tariflichen Löhne und Gehälter um 8,0 % ab Februar 2008 mit einer Laufzeit von 12 Monaten
- Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 100 €; sie waren bei den Tarifrunden 2005 und 2006 aufgrund eines zusätzlichen Angebotes von Ausbildungsplätzen nicht erhöht worden
- Einführung eines zusätzlichen freien Arbeitstages pro Kalenderjahr für Beschäftigte ab dem 50. Lebensjahr unter Fortzahlung des regelmäßigen Arbeitsverdienstes
- weitere Verhandlungen zu einem „Gemeinsamen Entgeltrahmentarifvertrag (GERT)“

In der ersten Verhandlung am 21.1.2008 für die westdeutschen Tarifgebiete stießen die gewerkschaftlichen Forderungen erwartungsgemäß auf scharfe Kritik der Stahlarbeitgeber. Zwar räumten sie eine anhaltende Sonderkonjunktur ein, betonten aber die wachsenden Risiken des Stahlmarktes und stellten heraus, dass die Beschäftigten bereits mit Sondervergütungen an den steigenden Gewinnen beteiligt würden. Die IG Metall machte frühzeitig Druck auf die Arbeitgeber. Nachdem auch die zweite Verhandlungsrunde am 29.1. ohne Arbeitgeberangebot blieb, begann sie unmittelbar nach Ende der Friedenspflicht am 30.1. mit Warnstreiks. Bis zur nächsten Verhandlungsrunde nahmen über 16.000 Beschäftigte aus 58 Betrieben der Stahlindustrie an Warnstreiks mit einer Dauer von bis zu acht Stunden teil. Die Arbeitgeber legten daraufhin am 12.2. ein erstes Angebot vor: Danach sollten die Löhne und Gehälter um 3,5 % angehoben werden bei einer Laufzeit von 16 Monaten bis Ende Mai 2009. Die IG Metall lehnte das Angebot ab und startete eine zweite Warnstreikwelle, an der sich mehr als 20.000 Beschäftigte beteiligten. Insgesamt lag die Beteiligung nach Gewerkschaftsangaben mit 44.000 Beschäftigten doppelt so hoch wie im Jahr 2006. Am 19.2. fand die vierte Verhandlungsrunde statt, die mit folgendem **Ergebnis** endete, das am 21.2. auch für die ostdeutsche Stahlindustrie übernommen wurde:

- 200 € Pauschale für Februar 2008
- Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter um 5,2 % ab dem 1.3.2008
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen in allen Ausbildungsjahren um jeweils 70 €
- Laufzeit von insgesamt 14 Monaten bis zum 31.3.2009
- Vereinbarung über den Abschluss der GERT-Verhandlungen bis Ende Juni 2009

Eine Verkürzung der Arbeitszeit für Ältere konnte die IG Metall nicht durchsetzen. Materiell bewertete die Gewerkschaft den Abschluss sehr positiv. Es handele sich um das beste Ergebnis seit 15 Jahren. Tatsächlich wurde der letzte höhere Abschluss im Jahr 1991 vereinbart. Die Tarifkommission stimmte dem Ergebnis daher auch einstimmig zu. Die Stahlarbeitgeber waren weniger zufrieden. Ihr Vorsitzender Helmut F. Koch machte deutlich, dass vor allem der angedrohte Streik zu diesem Ergebnis geführt habe. Er hätte „gravierende Auswirkungen“ gehabt, die man habe vermeiden wollen. Weitere Verhandlungen seien jedoch „nicht erfolgversprechend“ gewesen. Für die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

(BDA) warnte deren Präsident Dieter Hundt, dass dieser Abschluss „auf keinen Fall“ auf andere Branchen übertragen werden dürfe (BDA-Pressemeldung vom 20.2.2008). Gleichwohl war die „Stahl-Vorlage“ (FAZ vom 21.2.2008) in der Welt und entfaltete ihre zumindest mittelbare Orientierungswirkung.

3.2 Öffentlicher Dienst

Im öffentlichen Dienst gelang es den Gewerkschaften erstmals nach drei Jahren wieder Anschluss an die allgemeine Einkommensentwicklung zu gewinnen. Durch eine sehr hohe Mobilisierung der Mitglieder, die ihren Ausdruck in zwei massiven Warnstreikwellen fand, konnten die kooperierenden Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes des DGB wie auch der dbb tarifunion soviel Druck entfalten, dass ein für viele Beobachter überraschend hohes materielles Ergebnis erzielt werden konnte. Allerdings mussten die Gewerkschaften bei der Arbeitszeit Zugeständnisse machen.

3.2.1 Ausgangssituation und Forderungen

Im Februar 2005 war der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (kurz: TVöD) abgeschlossen worden, der im Kern eine Zusammenführung und völlige Neugestaltung der bis dahin getrennten Lohn- und Gehaltstarifverträge vorsah (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2006, Meerkamp 2008). Dieser Vertrag gilt für Bund und Gemeinden. Im Mai 2006 schloss ver.di mit den Ländern nach heftigen Auseinandersetzungen einen vergleichbaren Tarifvertrag (TV-L) ab. Mit dem TVöD wurde auch die Entgeltentwicklung der kommenden drei Jahre festgelegt. Vereinbart wurden Pauschalzahlungen von jeweils 300 € für die Jahre 2005/2006/2007 mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2007. Für die Länder wurden ebenfalls Pauschalzahlungen für die Jahre 2006 und 2007 sowie eine Tarifanhebung von 2,9 % für das Jahr 2008 vereinbart. Bei den Gemeinden Ost wurde statt Pauschalzahlungen eine Tarifniveauanhebung vereinbart.

Im TVöD waren verschiedene Punkte offen geblieben, für die Übergangsregelungen vereinbart worden waren bzw. die erst nach Vertragsabschluss geregelt werden sollten (ver.di 2007). Dazu zählte neben der befristeten Fortführung von Bewährungs- und Zeitaufstiegen vor allem die Erarbeitung einer neuen Entgeltordnung, die eine unmittelbare Eingruppierung der Beschäftigten auf Basis der neuen Entgeltgruppen ermöglichen soll.[1] Aufgrund zahlreicher Verzögerungen, für die ver.di die Arbeitgeberseite verantwortlich machte, rückte die Tarifrunde 2008 näher, ohne dass die so genannten „Restanten“ geklärt oder gar die neue Entgeltordnung verhandelt worden wäre.

Bereits bei der Tarifauseinandersetzung 2006 hatte ver.di mit der dbb tarifunion, dem Zusammenschluss der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Deutschen Beamtenbund,

---

[1] Bislang werden die Beschäftigten noch nach den alten Vorschriften eingruppiert und erst in einem zweiten Schritt den neuen Entgeltgruppen zugeordnet.

eng kooperiert. Nach den dort gesammelten positiven Erfahrungen wurde für die Tarifrunde 2008 im öffentlichen Dienst eine offizielle tarifpolitische Kooperation beschlossen. Sie sah vor, dass die Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite gemeinsam geführt werden, wobei ver.di die Federführung haben sollte. Im Übrigen waren wie immer auch die anderen DGB-Gewerkschaften im Bereich des öffentlichen Dienstes, die GEW sowie die GdP, an den Verhandlungen beteiligt.

Im Vergleich zur allgemeinen Tarif- und Einkommensentwicklung waren die Einkommen der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den vergangenen Jahren deutlich zurückgeblieben und hatten so zur gespaltenen Einkommensentwicklung beigetragen. Entsprechend hoch waren die Erwartungen für die Entgeltrunde 2008. In den regionalen Vordiskussionen innerhalb von ver.di waren zum Teil Forderungen von bis zu 12 % aufgestellt worden.

Bereits im Vorfeld der Verhandlungen hatte die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) mit „10 Punkten zur Tarifrunde 2008“ (VKA 2007) ihre Position abgesteckt. Die Beschäftigten sollten an der allgemeinen Lohnentwicklung angemessen beteiligt werden, die hohen Abschlüsse der Privatwirtschaft könnten jedoch kein Maßstab sein. Die Wochenarbeitszeit sollte wieder einheitlich auf 40 Stunden festgesetzt und die Leistungsbezahlung ausgeweitet werden. In Krankenhäusern sei kein Spielraum für lineare Tariferhöhungen, solange die Budgetdeckelung nicht aufgehoben sei.

Am 18./19.12.2007 beriet und beschloss die ver.di-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst folgende **Forderungen** für die Tarifrunde 2008:

- lineare Erhöhung der Tarifentgelte um 8,0 %, mindestens 200 €, bei einer Laufzeit von 12 Monaten
- Auszubildende: tabellenwirksamer Festbetrag von 120 €, Ost-West-Angleichung der Ausbildungsvergütung
- Übernahme der Ausgebildeten und zwar unbefristet, Vollzeit, ausbildungsgerecht und wohnortnah
- im Bereich Versorgung (TV-V): Entgelterhöhungen von 9,0 % sowie Erhöhung der Wechselschicht- und Schichtzulage auf 225 bzw. 150 €
- zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf den Bereich der BeamtInnen

3.2.2 Verhandlungen

Am 10./11. Januar begannen die Verhandlungen in Potsdam. Zunächst wurden in einem Spitzengespräch in kleinem Kreis die Grundsatzpositionen ausgetauscht. In der zweiten Verhandlungsrunde am 24.1. präsentierten die Arbeitgeber ein erstes Angebot. Es sah eine Entgelterhöhung vor in Höhe von:

- 2,5 % zum 1.2.2008
- 1,0 % zum 1.10.2008 und
- 0,5 % zum 1.3.2009

Außerdem sollte die Wochenarbeitszeit

- ab 1.7.2008 auf 39,5 Stunden und
- ab 1.1.2009 auf 40 Stunden

verlängert werden.

Die Gewerkschaften wiesen dieses Angebot als Provokation zurück. Das Entgeltangebot sei bei einer Laufzeit von 24 Monaten viel zu gering, außerdem sollten die Beschäftigten es mit einer Arbeitzeitverlängerung größtenteils selbst finanzieren. Die angeblichen 5 % würden überdies geschmälert, da für 2008 und 2009 jeweils 0,5 % davon auf ein höheres Volumen für das Leistungsentgelt entfallen sollten - eine Zahlung, die nicht allen Beschäftigten zugute käme.

In der dritten Verhandlungsrunde am 11./12. Februar besserten die Arbeitgeber ihr Angebot nicht nach. Darauf reagierten die Gewerkschaften mit einer massiven Warnstreikwelle vom 14. bis 22.2., die jeden Tag einen anderen inhaltlichen Schwerpunkt hatte, von Krankenhäusern über Verwaltungen, Kindertagesstätten bis hin zum Nahverkehr und der Ver- und Entsorgung, und alle Bundesländer einbezog. Es beteiligten sich rund 200.000 Beschäftigte. Nachdem auch die vierte Verhandlungsrunde am 25./26.2. ohne Ergebnis blieb, folgte eine zweite noch stärkere bundesweite Warnstreikwelle vom 4. bis 6.3. mit rund 230.000 Beteiligten, die auch die Flughäfen mit einbezog. Die fünfte Verhandlungsrunde am 6./7.3. führte schließlich zum Scheitern, nachdem die Arbeitgeber eine Verbesserung ihres Angebots erneut von einer Verlängerung der Arbeitszeit abhängig gemacht und zu diesem Zweck auch die tariflichen Arbeitszeitbestimmungen zum 30.4.2008 gekündigt hatten.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen riefen die Arbeitgeber die Schlichtung an, die unter Leitung des früheren baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) und des langjährigen Hannoveraner Oberbürgermeisters Herbert Schmalstieg (SPD) stattfand. Der **Schlichtungsvorschlag,** der mit den Stimmen von Lothar Späth und der Arbeitgebervertreter zustande kam, sah vor:

- eine Tariferhöhung um 4,0 % im Westen zum 1.4. , im Osten zum 1.8.
- eine weitere Anhebung um 2,0 % ab 1.1.2009
- eine Einmalzahlung von 450 € zum April 2008 für die Entgeltgruppen 1- 8 sowie 450 € für alle Beschäftigten im Juli 2009
- Verlängerung der Arbeitszeit im Westen auf 39,5 Stunden.

Nach der Vorlage des Schlichtungsvorschlages nahmen die Tarifparteien am 29.3. die Verhandlungen wieder auf. Die Gewerkschaften lehnten den Schlichtungsvorschlag ab. Er biete auf die Laufzeit umgerechnet und unter Berücksichtigung der Arbeitszeitverlängerung nicht einmal einen Inflationsausgleich. Die angebotenen Einmalzahlungen seien zudem nicht tabellenwirksam. Für größere Teile des öffentlichen Dienstes würde daher im Jahr 2008 der Reallohnverlust fortgeschrieben. Die vorgeschlagene Verlängerung der Arbeitszeit werde zu Stelleneinsparungen führen. Dies sei bei der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland kontraproduk-

tiv. Unter dem Druck eines drohenden Streiks gelang nach dreitägigen Verhandlungen am 31.3. eine Einigung.

3.2.3 Ergebnisse

Die Ergebnisse beziehen sich sowohl auf die Tarifentgelte als auch auf die Arbeitszeitbestimmungen. In einigen Punkten wurden auch Sonderegelungen für einzelne Bereiche des öffentlichen Dienstes getroffen:

Entgelt

- vorab 50 € Erhöhung (das entspricht im Durchschnitt der Entgeltgruppen einer Erhöhung um 2,0 %)
- Erhöhung der Tarifentgelte um 3,1 % ab 1.1.2008; in den Gemeinden Ost jeweils ab 1.4.2008
- 2,8 % Stufenerhöhung ab 1.1.2009
- 225 € zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2009
- Erhöhung der Auszubildungsvergütung um 70 € in allen Ausbildungsjahren
- Laufzeit bis 31.12.2009

Ost/West-Niveau

- Bund Ost: Vorziehen der Anpassung von 92,5 auf 100 % des Westniveaus für die Entgeltgruppen 10-15 vom 1.1.2010 auf den 1.4.2008 (aus Abschluss 2003: Anpassung des Tarifniveaus der Entgeltgruppen 1-9 von 92,5/97 % (Bund/Gemeinden) auf 100 % des Westniveaus ab 1.1.2008).

Arbeitszeit

- Gemeinden West: Verlängerung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 39 Std./W. ab 1.7.2008, ansonsten unveränderte Wochenarbeitszeit Bund West und Ost: 39 Std., Gemeinden Ost: 40 Std.
- Wegfall der Öffnungsklausel mit der Möglichkeit der Verlängerung der Arbeitszeit auf bis zu 40 Std./W. durch landesbezirklichen Tarifvertrag und Anpassung der auf dieser Grundlage geschlossenen Tarifverträge an die neue Arbeitszeit-Regelung (abweichende Regelung für den Arbeitszeit-Tarifvertrag Niedersachsen)
- Verwendung von 2,5 Arbeitstagen für Zwecke der Vorbereitung und Qualifizierung im Erziehungsdienst

Sonstiges

- Hinwirken der Tarifparteien auf die befristete Übernahme Ausgebildeter für 12 Monate, jedoch nicht bei Ausbildung über den Bedarf hinaus.
- Für die Bereiche Krankenhäuser, Nahverkehr und Versorgung wurden Sonderregelungen getroffen.
- Die bereits vereinbarten Änderungen und Ergänzungen zum TVöD werden zum 1.7.2008 in Kraft gesetzt.

Die ver.di-Bundestarifkommission (BTK) nahm am 31. März in Potsdam mit 64 zu 25 Stimmen die Tarifeinigung an. Ver.di führte vom 1. bis 11.4. eine breit angelegte Mitgliederbefragung durch, die zur Diskussion des Tarifergebnisses und zugleich für eine intensive Mitgliederwerbung genutzt werden sollte. Bei dieser Befragung sprachen sich 76,5 % der Mitglieder für die Annahme des Tarifergebnisses aus.

Der Abschluss wurde von den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes sehr positiv bewertet. Insbesondere Struktur und Volumen der Entgelterhöhung wurden herausgestellt. Die Verlängerung der Arbeitszeit wurde als vertretbares Zugeständnis gewertet. Nach Auffassung von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble ist man an die Grenze des haushaltsmäßig und gesamtwirtschaftlich Machbaren gegangen. „Aber es galt, im gesamtstaatlichen Interesse dem Land lange und harte Arbeitskämpfe zu ersparen." (Erklärung vom 31.3.2008); ähnlich die kommunalen Arbeitgeber, die die Einigung als „schmerzhaften Kompromiss" ansahen, der nur zu rechtfertigen gewesen sei, um einen Streik mit all seinen wirtschaftlichen und sozialen Beeinträchtigungen zu vermeiden (Presseerklärung vom 31.3.2008).

3.3 Chemische Industrie

In der chemischen Industrie konnte wie auch in der Stahlindustrie die vergleichsweise positive Entwicklung der vergangenen Jahre fortgesetzt werden. Zusätzlich zur Vereinbarung einer Tarifanhebung, die für 2008 deutlich über der erwartbaren Preissteigerungsrate lag, wurde ein tarifpolitisches Paket „Lebensarbeitszeit und Demografie" geschnürt, das bereits bestehende tarifliche Regelungen zusammenfasst und um betriebliche Demografiefonds ergänzt.

3.3.1 Ausgangssituation und Forderung

Die chemische Industrie lag in dieser Tarifrunde zeitlich gesehen an dritter Stelle. Für den Bereich der Industrie konzentrierte sich nach dem Stahlabschluss die tarifpolitische Aufmerksamkeit auf diesen Wirtschaftszweig. Die Entgeltabkommen liefen regional unterschiedlich Ende Februar/März/April 2008 aus. Wie üblich veröffentlichte der IG BCE-Hauptvorstand bereits im Vorfeld der Tarifrunde, dieses Mal am 12.12.2007, seine Forderungsempfehlung. Vor dem Hintergrund der stark steigenden Preisentwicklung sollte ein Tarifabschluss angestrebt werden, der - neben dem Ausgleich der Preissteigerung - die Produktivitätsentwicklung der chemischen Industrie berücksichtigt, so dass eine reale Einkommenserhöhung erreicht wird. Den Rahmen für eine Forderung bezifferte der Hauptvorstand zwischen 6,5 % und 7 %. Damit wurde - anders als in den Vorjahren – die Entgeltforderung wieder beziffert. Darüber hinaus wurde für den zum Jahresende 2008 auslaufenden Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung" ein Anschluss-Tarifvertrag zur Sicherstellung und Weiterentwicklung des Ausbildungsplatzniveaus gefordert. Aufgrund der demografischen Entwicklung forderte die IG BCE außerdem den Abschluss eines Tarifvertrages über flexible Instrumente zur Gestaltung der Lebensarbeitszeit. Darin sollten u.a. die Rahmenbedingungen für eine altern- und altersgerechte Arbeitsgestaltung und Möglichkeiten des flexiblen Übergangs in die Altersrente geregelt werden. Im Februar 2008 wurden die Forderungen endgültig beschlossen und dabei die Entgeltforderung auf 7,0 % festgelegt.

3.3.2 Verhandlungen und Ergebnis

Wie in früheren Jahren wurde auch in dieser Tarifrunde zunächst auf regionaler Ebene verhandelt. Ab der zweiten Runde waren zentrale Verhandlungen geplant. Die regionalen Verhandlungen begannen am 26.2. in Hessen, es folgten Rheinland-Pfalz (27.2.), Nordrhein (28.2.), Bayern (3.3.), Baden-Württemberg (4.3.), Berlin West (7.3.), Saarland (10.3.), Westfalen (11.3.), Niedersachsen (13.3.) und Schleswig-Holstein/Hamburg (14.3.). Im Mittelpunkt stand der ausführliche Austausch über die ökonomischen Rahmenbedingungen insbesondere in der chemischen Industrie.

Am 1.4. fand die erste Verhandlung auf Bundesebene statt. Erwartungsgemäß legten die Arbeitgeber zur Entgeltforderung noch kein Angebot vor. Fortschritte wurden dagegen nach Angaben der IG BCE in der Ausbildungsfrage und auch beim Thema flexibler Übergang in die Rente gemacht. Die Gespräche wurden auf den 15. und 16.4. vertagt. Anders als noch im Vorjahr gab es offenbar keine ernsthaften Konflikte, so dass diesmal eine größere Mobilisierung der Belegschaften unterblieb. Bereits in der zweiten Runde konnte dann am 16.4. ein **Abschluss** erzielt werden, der folgende Bestandteile beinhaltete:

Entgelt:

- Anhebung der Entgelte regional unterschiedlich ab März, April oder Mai 2008 für jeweils 13 Monate um 4,4 %
- Stufenanhebung um weitere 3,3 % für jeweils 12 Monate
- zusätzliche Einmalzahlung in Höhe von insgesamt 7,0/7,8/9,1 % eines Monatsentgelts für Beschäftigte in Normal-/teil-/vollkontinuierlicher Schicht zahlbar spätestens bis Ende Juli 2008 (dies entspricht 0,5 % für den Zeitraum von 13 Monaten)
- Öffnungsklausel: Kürzung oder Wegfall des Betrages ist aus wirtschaftlichen Gründen möglich.

Ausbildung:

- Ausbildungsvergütungen: Erhöhung der regional unterschiedlichen Beträge um 34 €/Monat für 13 Monate und 26 €/Monat für weitere 12 Monate
- Verlängerung des Tarifvertrages „Zukunft durch Ausbildung“ und Konkretisierung für die Jahre 2009 und 2010
- Festschreibung des Ausbildungsplatzangebots von insgesamt 16.800 Ausbildungsplätzen für die Jahre 2009 und 2010
- Ausbildungsplatzzahlen nach 2010 werden im Rahmen künftiger Verhandlungen festgelegt.

Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“:

Mit diesem Tarifvertrag wird eine ganze Reihe von Regelungen beschrieben und zusammengefasst, die diesem Themenkomplex zugeordnet werden können. In einer Präambel wird auf die Bedeutung des demografischen Wandels abgehoben und als Zielvorstellung die Förderung einer „nachhaltigen und vorausschauenden Personalpolitik“ formuliert, die Anreize für eine längere Beschäftigung setzen soll. Als Elemente einer „Chemieformel zum demografischen Wandel“ werden genannt:

- Durchführung einer Demografieanalyse (Alters- und Qualifikationsstrukturen)
- Maßnahmen zur alters- und gesundheitsgerechten Gestaltung des Arbeitsprozesses mit dem Ziel der Verbesserung der Beschäftigungs- und Leistungsfähigkeit
- Maßnahmen zur Qualifizierung während des gesamten Arbeitslebens
- Maßnahmen der (Eigen-)Vorsorge und Nutzung verschiedener Instrumente für gleitende Übergänge zwischen Bildungs-, Arbeits- und Ruhestandsphase.

Auf betrieblicher Ebene wird ein Demografiefonds eingerichtet, in den der Arbeitgeber ab 2010 jährlich einen Betrag von 300 € je Beschäftigten einzahlt. Dieser Betrag wird ab 2011 um den jeweiligen Prozentsatz der Einkommenserhöhung des Vorjahres erhöht (Tarifdynamisierung). Im Rahmen einer freiwilligen Betriebsvereinbarung kann der Demografiebetrag (nur) für folgende Zwecke verwendet werden: Langzeitkonten, Altersteilzeit, Teilrente, Berufsunfähigkeitszusatzversicherung und tarifliche Altersvorsorge. Erfolgt bis Ende 2009 keine Einigung zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat, muss der Arbeitgeber in Betrieben mit bis zu 200 ArbeitnehmerInnen den Demografiebetrag für die tarifliche Altersvorsorge, in größeren Betrieben in Form eines Langzeitkontos zur Verfügung stellen. Die bisherigen tariflichen Regelungen zu Langzeitkonten und zur Arbeitsgestaltung gehen in veränderter Form ebenso wie die Tarifverträge zur Qualifizierung sowie zur Altersteilzeit in den neuen Tarifvertrag über.

Für die ostdeutsche chemische Industrie einigten sich die Tarifvertragsparteien am 27.5. auf einen Abschluss, nach dem die Entgelte, wie im Bundesgebiet West, um 4,4 % ab Mai 2008 und um weitere 3,3 % ab Juni 2009 erhöht werden. Auch die zusätzliche Einmalzahlung wurde übernommen. Die Tarifparteien einigten sich ferner auf eine Niveauangleichung an Berlin-West in Höhe von 2,0 und 1,98 %, jeweils zahlbar ab Oktober 2008 und 2009. Damit wird die bereits 2002 im Grundsatz vereinbarte Anpassung der Osttarife an das Westniveau erreicht. Der Entgeltaufbau der Gruppen E 5 bis 8 wurde weiterentwickelt. Dadurch steigen die Endstufen ab Oktober 2009 zwischen 0,6 und 2,6 %. Außerdem wurde vereinbart, dass in den Jahren 2008 und 2009 jeweils 700 Ausbildungsplätze angeboten werden. Der Tarifvertrag „Demografie und Lebensarbeitszeit“ wird auch im Bundesgebiet Ost umgesetzt.

Die IG BCE wertete den Tarifabschluss insgesamt als „zukunftsweisend“ und als „tarifpolitischen Meilenstein“. Auch die Chemie-Arbeitgeber beurteilten die Regelungen zur Ausbildung sowie zur Demografie und Lebensarbeitszeit als „wegweisend“. Mit den Tarifanhebungen sei man an die „Belastungsgrenze“ gegangen. Die lange Laufzeit von zwei Jahren und die Flexibilisierung der Einmalzahlung verschaffe den Unternehmen mehr Planungssicherheit

(BAVC-Presseinformation vom 16.4.2008). BDA-Präsident Hundt warnte, wie bereits beim Stahlabschluss, dass die Einigung im Hinblick auf die Höhe der Belastung kein Maßstab für die gesamte Wirtschaft sein könne.

3.4 Metallindustrie

Die Tarifrunde 2008/2009 in der Metall- und Elektroindustrie wurde in der entscheidenden Phase von der Finanzmarktkrise überschattet. Während sich die Erwartungshaltung der Beschäftigten und die gewerkschaftliche Forderungsdiskussion noch vor dem Hintergrund ungetrübter Branchenkonjunktur mit besten Renditeziffern entwickelt hatte, wurden die Tarifparteien wenige Wochen vor Beginn der Verhandlungsphase von den sich häufenden Hiobsbotschaften der Finanzmärkte überrascht. Unter dem Eindruck der sich nahezu täglich verschärfenden Krise mit greifbaren Auswirkungen auf die Realwirtschaft einigten sich die Tarifparteien nach vier Verhandlungsrunden und massiven Warnstreiks Mitte November auf einen Abschluss, der für die Beschäftigten zwar voraussichtlich eine spürbare Reallohnsteigerung bringen wird, aber dennoch deutlich hinter den ursprünglichen Erwartungen zurückblieb.

3.4.1 Altersteilzeit

Vor dem Beginn der Lohnrunde stand die Verhandlung einer Anschlussregelung zur Altersteilzeit (ATZ) ab 2010 auf der Tagesordnung. Anlass dafür war das Auslaufen der gesetzlichen Regelung zur Förderung der Altersteilzeit und der darauf aufbauenden tariflichen Regelungen Ende 2009. Die IG Metall hatte zu Ende April 2008 nahezu alle regionalen ATZ-Tarifverträge gekündigt. Nach monatelangen Verhandlungen und bundesweiten Warnstreikaktionen, an denen sich 360.000 Beschäftigte beteiligten, einigten sich die Tarifparteien in Baden-Württemberg in der achten Verhandlungsrunde am 3. September auf einen "Tarifvertrag zum flexiblen Übergang in die Rente“. Er beinhaltet folgende Regelungen:

- Möglichkeit zum Abschluss eines Altersteilzeitvertrages (ATZ) für bis zu 4 % der Beschäftigten mit mindestens 12-jähriger Betriebszugehörigkeit
- Davon sind bis zu 2,5 % reserviert für Beschäftigte in Schichtarbeit oder unter besonders starken Umgebungseinflüssen.
- Modell 1: ATZ für bis zu 4 Jahre (allgemeiner Anspruch) oder
  Modell 2: ATZ für bis zu 6 Jahre (für besonders belastete Beschäftigte)
- Aufstockung der Vergütung zwischen 85 - 89 % des bisherigen Nettoentgeltes; die Rentenversicherungsbeiträge werden auf 95 % aufgestockt.
- Möglichkeit zum Abschluss abweichender wertgleicher Betriebsvereinbarungen
- Die Finanzierung der Kosten der Altersteilzeit erfolgt paritätisch durch Beschäftigte und Arbeitgeber.
- Arbeitnehmerbeitrag in Höhe von 0,4 % der Entgeltsumme ist im Rahmen einer künftigen Entgelterhöhung zu erbringen.

Der Vertrag tritt zum 1.1.2010 in Kraft und hat eine Laufzeit bis Ende 2016. In den folgenden Wochen wurde der Tarifvertrag auch von den anderen Tarifbezirken der Metallindustrie übernommen.

3.4.2 Lohnrunde: Ausgangssituation und Forderung

In der Tarifrunde 2007 war der IG Metall in der Metallindustrie ein Abschluss gelungen, der den Beschäftigten für das Jahr 2007 mit einem Tarifplus von 4,1 % eine erkennbare Reallohnsteigerung sicherte und das Ziel der Metallarbeitgeber, mit dem Abschluss unterhalb des Vorjahresniveaus zu bleiben, wirksam durchkreuzte (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2008). Der Preis war eine längere Laufzeit von 19 Monaten und eine Stufenanhebung in 2008 von relativ moderaten 1,7 % ab Juni, die allerdings durch eine zusätzliche Einmalzahlung aufgebessert wurde.

Angesichts einer fortlaufend hervorragenden Metallkonjunktur einschließlich einer vorzüglichen Gewinnsituation und kräftig steigender Verbraucherpreise kündigte die Gewerkschaft bereits frühzeitig an, den Abschluss von 2007 in der Tarifrunde 2008/2009 übertreffen zu wollen. Die in den Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien diskutierte Forderung bewegt sich mehrheitlich zwischen 7 und 8 %, in einigen Betrieben und Verwaltungsstellen wurden allerdings auch Forderungen von bis zu 10 % diskutiert. In manchen Bezirken wurde auch eine soziale Komponente gefordert, die eine überdurchschnittliche Anhebung der unteren Vergütungsgruppen zum Ziel hatte. Die IG Metall-Vorstandsempfehlung vom 8.9.2008 sah einen Forderungskorridor von 7 bis 8 % vor. Diese Empfehlung begründete der Vorstand zum einen gesamtwirtschaftlich mit dem „unbalancierten“ Aufschwung, der angesichts der rückläufigen weltwirtschaftlichen Nachfrage dringend einer Stärkung der Binnennachfrage durch steigende Arbeitnehmereinkommen bedürfe. Zum anderen verwies er auf die „Ungerechtigkeit“ des Aufschwungs, angesichts exorbitant gestiegener Unternehmensgewinne und Managereinkommen. Insgesamt konstatierte er einen „großen Nachholbedarf in Sachen Gerechtigkeit und Binnenwachstum“ (Huber 2008, IG Metall 2008). Der endgültige Beschluss des Vorstands vom 23.9.2009 legte die Tarifforderung auf 8 % mit einer Laufzeit von 12 Monaten fest.

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall kritisierte diese „höchste Forderung der letzten 16 Jahre“ als „unvernünftig“ und „zur Hälfte mit Gefühlen“ begründet (Kannegießer 2008). Die ökonomische Basis dafür sei nicht gegeben. Damit spielten sie auf das Gerechtigkeitsargument an, das die IG Metall stark in den Vordergrund ihrer Begründung gestellt hatte.

3.4.3 Verhandlungen und Warnstreiks

Die Vergütungstarifverträge für die Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie liefen zum 31.10. aus. Den Auftakt der Tarifrunde bildete die Verhandlung für die Mittelgruppe (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland) bereits am 2.10., gefolgt von den anderen Tarifbezirken bis zum 14.10. In allen Verhandlungen vertagten sich die Tarifvertragsparteien nach dem Austausch über die gesamtwirtschaftliche Lage, die Branchensituation sowie die Begründung der Forderung der IG Metall ohne Ergebnis.

Auch in der zweiten Verhandlungsrunde, die regional vom 22.10. bis 4.11. lief, legten die Arbeitgeber kein Angebot vor. Stattdessen schlug Gesamtmetall der IG Metall am 23.10. vor,

in gemeinsamen Verhandlungen unter Beteiligung aller Regionen auf Bundesebene nach einer Lösung zu suchen. Die IG Metall lehnte dies als „taktisches Manöver“ mit dem Ziel, Zeit zu gewinnen, ab.

In Baden-Württemberg legten die Arbeitgeber am 30.10. in der dritten Verhandlungsrunde, kurz vor dem Auslaufen der Friedenspflicht, ein bundesweit abgestimmtes Angebot vor, das folgende Elemente beinhaltete:

- Tabellenerhöhung von 2,1 % von Januar bis Dezember 2009
- Pauschalzahlung von insgesamt 0,8 % des Jahreseinkommens 2008 für November und Dezember 2008
- betriebliche Flexibilisierung der Dezember-Komponente
- Laufzeit insgesamt 14 Monate

Das Angebot entsprach der seit einigen Jahren zu beobachtenden Tarifstrategie der Arbeitgeber: Durch die Pauschalzahlungen soll die dauerhafte Tarifanhebung nach Möglichkeit begrenzt werden, die Variabilisierung des Tarifabschlusses soll durch die Möglichkeit der Streichung der Einmalzahlung für Dezember erreicht werden. Südwestmetall sprach von einem „Signal der Fairness und Verantwortung“.

Die IG Metall lehnte dieses Angebot ab, da es weder die Kaufkraft sichern, noch eine faire Beteiligung der Beschäftigten gewährleisten würde. In der Nacht zum 1.11. begann die IG Metall mit Warnstreiks, die in den kommenden Tagen schrittweise ausgedehnt wurden. Die Mobilisierungsbereitschaft war sehr hoch, insgesamt beteiligten sich nach Angaben der IG Metall bis zum 12.11. bundesweit rund 611.000 ArbeitnehmerInnen in knapp 2.700 Betrieben an den Warnstreikaktivitäten.

3.4.4 Ergebnis

In der vierten Verhandlungsrunde am 11. und 12. November in der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg konnten die Tarifparteien einen Pilotabschluss erzielen und damit einen bevorstehenden Streik abwenden. Das Ergebnis umfasst folgende Bestandteile:

- 510 € Pauschale insgesamt (für Auszubildende 133 €) für November 2008 bis Januar 2009
- Tariferhöhung von 2,1 % ab 1.2.2009 sowie eine Erhöhung um weitere 2,1 % auf die Tarifvergütungen zum Zeitpunkt Ende Oktober ab 1.5.2009
- 122 € zusätzliche Einmalzahlung im September 2009
- Verschiebung der zweiten Tariferhöhung um bis zu 7 Monate sowie entsprechende Kürzung der zusätzlichen Einmalzahlung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes durch Betriebsvereinbarung ist möglich
- jeweils 0,4 % eines Monatsentgeltes als zusätzliche Einmalzahlung für Januar bis April 2010 zur Finanzierung des Arbeitnehmer-Beitrags zur Altersteilzeit
- Laufzeit des Vertrages insgesamt 18 Monate bis 30.4.2010

Eine nähere Betrachtung des Verhandlungsergebnisses zeigt: Die Tarifvergütungen werden durch den Abschluss dauerhaft um 4,2 % erhöht. Für das Jahr 2009 ist davon auszugehen,

dass die Tarifanhebungen bei erwarteten Preissteigerungen um 2 bis 2,5 % ein spürbares reales Plus bringen werden. Die Pauschalzahlung für die ersten drei Monate bedeutet für die unteren Tarifgruppen (befristet) eine überdurchschnittliche Einkommenssteigerung. Im Schnitt entspricht sie rund 6,5 % des durchschnittlichen Monatsentgeltes. Die Öffnungsklausel zur Verschiebung der zweiten Tarifperiode bildet erneut ein Element der Variabilisierung des Abschlusses.

Der Abschluss, den alle Bezirke übernahmen, wurde von der IG Metall als „ordentliches Ergebnis in historisch schwieriger Lage“ (Berthold Huber) gewertet. In den Tarifkommissionen fanden sich überall große Mehrheiten der Zustimmung, gleichwohl gab es eine breite, teils kritische Diskussion. Sie hat ihre Ursachen zweifelsohne in der Diskrepanz zwischen der hohen Erwartungshaltung der Beschäftigten einerseits und dem letztlich durch die Finanzmarktkrise gedrückten Ergebnis andererseits. Angesichts der zunehmend spürbaren realwirtschaftlichen Folgen vor allem in der Automobilindustrie und den Zulieferbetrieben hatte sich der Vorstand letztlich gegen einen Arbeitskampf entschieden. „Die IG Metall stand vor dem Dilemma, in hohem Maße mobilisierungsfähig, aber nicht in gleichem Maße streikfähig zu sein“ (Jänicke/Rohnert/Wagner 2008). IG Metall-Vorsitzender Huber räumte dann auch ein, dass es der Gewerkschaft nicht gelungen sei, die „Gerechtigkeitslücke“ so zu verkleinern wie gewünscht.

Gesamtmetall hob in seiner Bewertung die „maßvolle Dauerbelastung“ hervor und betonte zudem die „Kostenflexibilität“ durch Möglichkeit der betrieblichen Differenzierung des Tarifergebnisses, die bei voller Ausschöpfung zu einer Halbierung der Kostenbelastung der Betriebe im Jahr 2009 führen könne (Gesamtmetall-Presseinformation vom 12.11.2008). Eine solche betriebliche Komponente sei „ein fester Bestandteil moderner Tarifabschlüsse“ geworden, betonte Gesamtmetall-Präsident Kannegießer.

Die Kommentare in den Medien fielen unterschiedlich aus: „Ein gerechtes Ergebnis“ (Frankfurter Rundschau, „Sieg der Vernunft“ (Financial Times Deutschland), „Besser als ein Arbeitskampf“ (Handelsblatt), „Ziel verfehlt“ (tageszeitung). Kein Zweifel bestand bei den Beobachtern daran, dass die IG Metall der verschlechterten Wirtschaftslage Tribut zollen musste.

4 Entsendegesetz und Mindestarbeitsbedingungengesetz

Die Große Koalition hatte sich im Sommer 2007 auf eine Ausweitung des Arbeitnehmerentsendegesetzes sowie auf eine Modernisierung des Mindestarbeitsbedingungengesetzes geeinigt. Anfang Januar 2008 legte Bundesarbeitsminister Scholz die Referentenentwürfe zur Novellierung des Arbeitnehmerentsendegesetzes und des Mindestarbeitsbedingungengesetzes vor. Bis Ende März 2008 konnten die interessierten Tarifvertragsparteien Antrag auf Aufnahme in das Entsendegesetz stellen. Dies taten sie in folgenden Branchen (siehe dazu Bispinck/Schulten 2008):

- Arbeitnehmerüberlassung (Leiharbeit/Zeitarbeit)
- Bergbauspezialarbeiten

- Berufliche Weiterbildung
- Entsorgungswirtschaft
- Forstliche Dienstleistungen
- Industrielle textile Dienstleistungen
- Pflegedienste (Altenpflege)
- Wach- und Sicherheitsgewerbe

Allerdings lag nicht für alle Branchen bereits ein ausgehandelter Mindestlohntarifvertrag vor. Im Wach- und Sicherheitsgewerbe hatten sich Arbeitgeber und ver.di nicht auf einen Vertrag einigen können. Der Arbeitsgeberverband schloss daraufhin im Juni 2008 mit der christlichen Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD) einen Mindestlohntarifvertrag ab.

Die Gesetzentwürfe des Bundesarbeitsministers blieben in der Koalition umstritten. Erst im Juli einigte sich das Kabinett auf die endgültige Fassung (Bundesratsdrucksache 541/08 und 542/08). In der weiteren politischen Beratung traten erneut Meinungsverschiedenheiten auf. Der Bundesrat formulierte eine Reihe von Bedenken, in der Anhörung des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales gingen die Meinungen der geladenen Experten weit auseinander (Ausschussdrucksache 16[11]1117 vom 31.10.2008). Von gewerkschaftlicher Seite wurde beim Mindestarbeitsbedingungengesetz vor allem der hohe bürokratische Aufwand bei gleichzeitig geringer Wirksamkeit des Verfahrens kritisiert (DGB 2008). Im Kern bleiben auch bei Umsetzung beider Gesetzesvorhaben gravierende Regelungslücken bestehen, die letztlich nur mit einem allgemeinen, einheitlichen gesetzlichen Mindestlohn geschlossen werden können (Bispinck/Schulten 2008).

Die Koalitionsparteien konnten über Monate hinweg trotz intensiver Beratungen keine Einigung darüber erzielen, welche Branchen konkret ins Entsendegesetz aufgenommen werden sollten. Während CDU/CSU die Zahl möglichst gering halten wollte und lediglich beim Wach- und Sicherheitsgewerbe Handlungsbedarf sah, wollte die SPD im Grundsatz alle acht Branchen, vor allem aber die Leiharbeitsbranche, in das Gesetz aufnehmen. Erst im Januar 2009 wurde ein Kompromiss gefunden. Sechs Branchen sollen in den Schutzbereich des Arbeitnehmerentsendegesetzes aufgenommen werden. Dazu gehören die Entsorgungsbranche, das Wach- und Sicherheitsgewerbe, die Bergbauspezialdienste, die industriellen Großwäschereien, die Pflegedienste und die berufliche Weiterbildung. Nicht aufgenommen werden sollen die Leiharbeitsbranche und die forstlichen Dienstleistungen. Für die Leiharbeitnehmer soll eine Lohnuntergrenze ins Arbeitnehmerüberlassungsgesetz aufgenommen werden, die sich an den untersten bestehenden Tarifvergütungen orientieren soll. Dies dürfte der Tarifvertrag der Tarifgemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit *(*CGZP*)* mit dem Arbeitgeberverband AMP sein, in dem die unterste Tarifgruppe lediglich 7,21 € beträgt, die allerdings in den ersten sechs Beschäftigungsmonaten nochmals um 9,5 % auf 6,53 € abgesenkt werden darf. In dem von der DGB-Tarifgemeinschaft Zeitarbeit bereits 2006 abgeschlossenen Mindestlohntarifvertrag mit den beiden größten Arbeitgeberverbänden BZA und iGZ sind dagegen 7,31 € vorgesehen. Die Regelung stieß deshalb auch auf heftige Kritik der DGB-Gewerkschaften („Mogelpackung für Leiharbeit“).

Übersicht 3: Neue tarifliche Mindestlöhne nach dem AEntG

Aufnahme in das AEntG lt. Koalitionsbeschluss vom Januar 2009 vorgesehen

Branche	Beschäftigte	Mindestlohn	
Bergbauspezialarbeiten	2.500	ab 01/2009	ab 07/2009
	Mindestlohn I	10,96	11,17
	Mindestlohn II (Hauer/ Facharbeiter)	12,17	12,41

Berufliche Weiterbildung	23.000	
West	Verwaltungs-angestellte/r	10,71
Ost		9,53
West	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	12,28
Ost		10,93

Entsorgungswirtschaft	130.000	ab 05/2009
		8,02

Industrielle textile Dienste	35.000	ab 03/2008
West	Mindestentgelt	1.480,74*
Ost	Mindestentgelt	1.393,74*

* Monatsvergütung

Pflegedienste (Altenpflege)*	565.000	

* Konkrete Regelungen liegen noch nicht vor.

Wach- u. Sicherheitsgewerbe*	177.000	Ab 05/2009
		6,00 - 8,32

* Abschluss mit Gew. Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD), Mitglied im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)

Nicht zur Aufnahme in das AEntG vorgesehen:

Private Forstdienstleister	10.000	ab 04/2008	01/2009	07/2009
	Mindestlohn	8,50	9,38	10,26

Zeitarbeit	630.000	ab 01/2008
West	Mindestentgelt	7,31
Ost inkl. Berlin	Mindestentgelt	6,36

Beschäftigtenzahlen: WSI-Tarifarchiv, BMA nach Angaben der Tarifparteien.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 22.01.2009

Der vom Bundesarbeitsminister auf Basis des Entsendegesetzes für den Bereich der Briefdienstleistungen erlassene Mindestlohn, der zum 1.1.2008 in Kraft trat, wurde im Dezember 2008 vom Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2. Instanz mit der Begründung für rechtswidrig erklärt, dass der Bund seine gesetzliche Ermächtigung überschritten habe und einen Mindestlohn-Tarifvertrag nur auf tariflich nicht gebundene Arbeitnehmer und Arbeitgeber erstrecken dürfe. Die Rechtsverordnung verdränge jedoch bestehende Tarifvereinbarungen. Gemeint waren damit die Tarifverträge, die der Arbeitgeberverband Neue Brief- und Zustelldienste sowie kurz darauf der Bundesverband der Kurier-, Express- und Postdienste (BdKEP) mit der neu gegründeten Gewerkschaft der Neuen Brief- und Zustelldienste (GNBZ) abgeschlossen hatten. Die GNBZ stellt jedoch nach einem Urteil des Kölner Arbeitsgerichts keine Gewerkschaft dar, weil sie aufgrund von finanziellen Zuwendungen seitens der Arbeitgeber nicht die für Gewerkschaften notwendige Unabhängigkeit aufweise.

Damit sind die geschlossenen Tarifverträge nichtig. Der Bundesarbeitsminister legte Revision gegen das Urteil des Oberverwaltungsgerichts ein, die Mindestlohnverordnung bleibt bis zur endgültigen Erklärung in Kraft.

Der Handlungsdruck in Sachen Regulierung des Niedriglohnsektors erhöhte sich nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes vom April 2008 zur Rechtswidrigkeit des niedersächsischen Tariftreuegesetzes. Tariftreueregelungen sind danach mit der europäischen Dienstleistungsfreiheit nicht vereinbar (EuGH 2008). Dieses Urteil macht nicht nur einen allgemeinen Mindestlohn, sondern auch eine Reform, die die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen deutlich erleichtert, immer dringlicher (Schulten/Pawicki 2008).

Gültige Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz bestanden zum Redaktionsschluss dieses Berichts (13.1.2009) in folgenden Branchen: Abbruch- und Abwrackgewerbe, Bauhauptgewerbe, Briefdienstleistungen, Dachdeckerhandwerk, Elektrohandwerk (Montage), Gebäudereinigerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk. Die vereinbarten Mindestvergütungen sind in Tabelle 14 dokumentiert.

5 Ausblick auf die Tarifentwicklung 2009

In einigen Tarifbereichen wurden bereits Tariferhöhungen für das Jahr 2009 vereinbart, wie die folgende Übersicht zeigt. Die im kommenden Jahr in Kraft tretenden Steigerungsraten bewegen sich zwischen 2,0 und 4,2 %.

Übersicht: Tariferhöhungen in 2009 (Erhöhungen aus Abschlüssen 2008)*

Branche	**%**	**ab … 2009**
Chemische Industrie West	3,3	April-Juni**
Deutsche Post AG	3,0	Dezember
Energiewirtschaft NRW (GWE)	3,5	Juli
Hotels u. Gaststätten NRW	2,5	März
Kfz-Gewerbe Hessen	2,0	Dezember
Landwirtschaft	3,3	Februar
Metallindustrie	2,1	Februar
	2,1	Mai
Steinkohlenbergbau	2,0	Juli
Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden	2,8	Januar

* Ohne Pauschal- und Einmalzahlungen
** regional unterschiedlich
Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.2008

Im Jahr 2009 stehen im Übrigen in zahlreichen Wirtschaftszweigen Tarifverhandlungen an. Ende Dezember 2008 sind im öffentlichen Dienst die Tarifverträge der Länder ausgelaufen. Auch die Tarifverträge bei der Deutschen Telekom und für die Zeitarbeit stehen zur Neuverhandlung an. Ende Januar folgt die Deutsche Bahn AG. Ende Februar 2009 enden u. a. die Verträge in der westdeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie. Ende März folgen das Bauhauptgewerbe, die Eisen- und Stahlindustrie sowie Teile des Einzel- und Großhandels. Ende April folgen die Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie sowie weitere Teile des Handels.

Die Tarifforderungen sind weit gefächert: Im öffentlichen Dienst fordert ver.di 8 %, mindestens 200 €, bei der Deutschen Bahn AG will Transnet 10 % höhere Entgelte durchsetzen, in anderen Branchen fordern die Gewerkschaften zwischen 5 und 7 %.

Literatur:

BiBB (2008): Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2008 - Weiterhin nur sehr geringer Anstieg, Pressemitteilung 1/2008 vom 8.1.2008.

Bispinck, Reinhard/WSI-Tarifarchiv (2008): Tarifpolitischer Jahresbericht 2007: Gespaltene Tarifentwicklung und verschärfte Gewerkschaftskonkurrenz, in: WSI-Mitteilungen 2, S. 77-84.

Bispinck, Reinhard (Hrsg.) (2008): Verteilungskämpfe und Modernisierung. Aktuelle Entwicklungen in der Tarifpolitik, Hamburg.

Bispinck, Reinhard/Schulten Thorsten (2008): Aktuelle Mindestlohndebatte: Branchenlösungen oder gesetzlicher Mindestlohn?, in: WSI-Mitteilungen 3/2008, S. 151-158.

DGB (2008): Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung eines Ersten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung von Mindestarbeitsbedingungen sowie zum Entwurf eines Arbeitnehmer-Entsendegesetzes vom 28.10.2008.

Dribbusch, Heiner (2008): Streiks in Deutschland – Rahmenbedingungen und Entwicklung ab 1990, in: WSI (Hrsg.), WSI-Tarifhandbuch 2008, Frankfurt/Main, S. 55-85.

Europäischer Gerichtshof (2008): Urteil des Gerichtshofes in der Rechtssache C-346/06 (Tariftreueregelung in Niedersachsen), 3. April.

Huber, Berthold (2008): Statement anlässlich der Pressekonferenz zur Forderungsempfehlung der Metall- und Elektroindustrie für die Tarifrunde 2008, Frankfurt, 8. September 2008.

IG Metall (2008): Tarifrunde 2008/09 in der Metallindustrie. Sozialökonomische Rahmenbedingungen, Wirtschaftspolitische Informationen Nr. 06 vom 8. September 2008.

IMK (2008): Deutsche Arbeitskosten steigen im europäischen Vergleich nur gering. Auswertung der aktuellen Eurostat-Statistik, IMK-Report 34 – November 2008.

Jänicke, Sophie/Rohnert, Richard/Wagner, Hilde (2008): Schlechte Zeiten für mehr Gerechtigkeit?!, in: Sozialismus 12/2008, S. 25 – 30.

Kannegießer, Martin (2008): „Im Abschwung höchste Forderung seit 16 Jahren zu stellen, ist leichtfertig“ - Gesamtmetall-Informationen für die Presse 25/2008 - 8.9.2008.

Schulten, Thorsten/Pawicki, Michael (2008): Tariftreueregelungen in Deutschland – Ein aktueller Überblick, in: WSI-Mitteilungen 4/2008, S. 184-190.

Statistisches Bundesamt (2009): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2008, vorläufige Ergebnisse, Wiesbaden.

Anhang zum WSI-Tarifbericht 2008

I. Grafiken West und Ost **Seite**

1: Erhöhung der Tarifverdienste 2008 nach Wirtschaftsbereichen 30

2: Beschäftigte nach tariflicher Wochenarbeitszeit 31

II. Tabellen West und Ost

1: Anzahl der von Tarifverträgen erfassten und 2008 begünstigten Arbeitnehmer 32

2: Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 2008 33

3: Verzögerungen und Pauschalzahlungen in der Tarifrunde 2008 34

4: Vereinbarte Laufdauer der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 2008 35

5: Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste in 2008 36

6: Tarifliche Grundvergütung und Tarifniveau Ost/West (mittlere Gruppe) 37

7 a: Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstrukturen West ..... 38 - 39

7 b: Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstrukturen Ost 40

8: Ausbildungsvergütungen ..... 41 - 42

9: Tariflich vereinbarte Wochenarbeitszeit 2008 43

10: Tariflicher Urlaubsanspruch 44

11: Tarifliche Wochenarbeitszeit, Urlaub und Jahresarbeitszeit 45

12: Tarifliche Regelungen und Leistungen in ausgewählten Tarifbereichen ..... 46 - 47

13 a: Tarifliche Niedriglöhne West 48

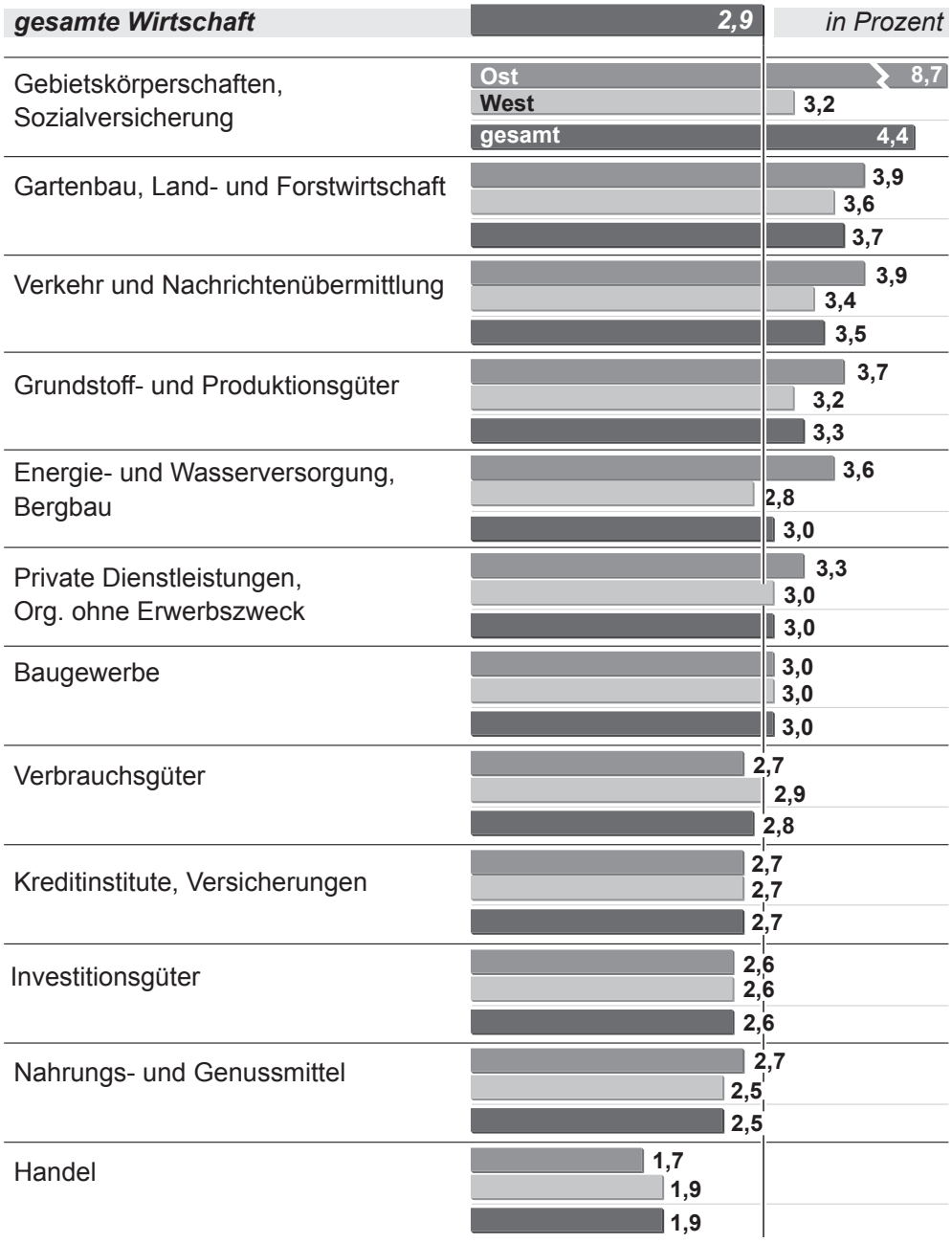
13 b: Tarifliche Niedriglöhne Ost 49

14: Tarifliche Mindestlöhne nach dem Entsendegesetz ..... 50 - 51

III. Ausgewählte Tarifabschlüsse West und Ost ..... 52 - 57

Grafik 1

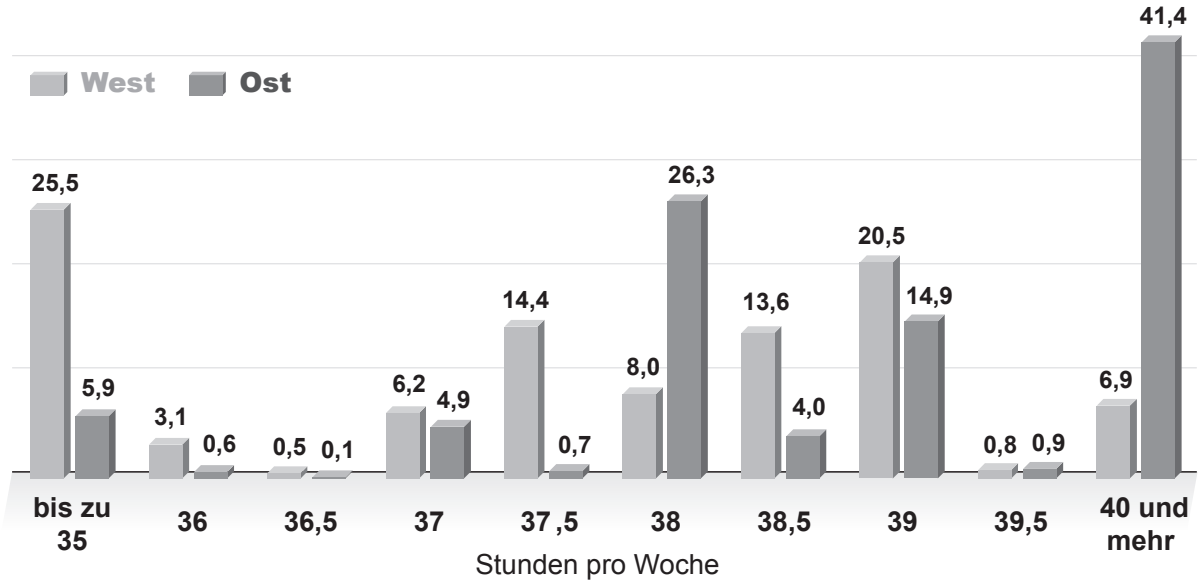
Kalenderjährliche Erhöhung der Tarifverdienste 2008 gegenüber dem Vorjahr



Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand: 31.12.2008

WSI Hans Böckler Stiftung

Beschäftigte nach tariflich vereinbarter Wochenarbeitszeit 2008 in Prozent*



*inklusive künftig in Kraft tretender Stufen

Quelle: WSI-Tarifarchiv, Stand 31.12.2008

WSI Hans Böckler Stiftung

Anzahl der von Tarifverträgen der DGB-Gewerkschaften erfassten sowie von Lohn-, Gehalts- und Entgelterhöhungen im Jahre 2008 begünstigten Arbeitnehmer (in 1000)[1]

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)

Wirtschaftsbereich[2]		Von Tarifverträgen erfasste AN[3]				Von Neuabschlüssen in 2008 begünstigte AN				AN ohne Neuabschlüsse	
		insgesamt	Lohntarifverträge	Gehaltstarifverträge	Entgelttarifverträge	insgesamt	Lohntarifverträge	Gehaltstarifverträge	Entgelttarifverträge	insgesamt	mit Erhöhungen aus dem Vorjahr[4]
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	**G**	294,1	235,8	36,8	21,5	164,6	143,2	21,4	-	129,5	85,5
	W	183,3	148,6	17,7	17,0	76,1	70,2	5,9	-	107,2	72,0
	O	110,8	87,2	19,1	4,5	88,5	73,0	15,5	-	22,3	13,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	**G**	208,2	53,4	17,3	137,5	167,3	38,7	13,3	115,3	40,9	-
	W	156,1	43,9	13,5	98,7	138,7	35,4	12,0	91,3	17,4	-
	O	52,1	9,5	3,8	38,8	28,6	3,3	1,3	24,0	23,5	-
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	**G**	1.041,6	267,0	105,2	669,4	938,3	194,1	79,9	664,3	103,3	11,7
	W	920,9	218,3	89,3	613,3	856,1	172,7	72,7	610,7	64,8	1,0
	O	120,7	48,7	15,9	56,1	82,2	21,4	7,2	53,6	38,5	10,7
Investitionsgütergewerbe	**G**	4.713,0	1.961,2	1.075,9	1.675,9	3.741,9	1.538,8	916,0	1.287,1	971,1	614,1
	W	4.255,2	1.764,9	989,9	1.500,4	3.381,0	1.361,3	837,6	1.182,1	874,2	546,6
	O	457,8	196,3	86,0	175,5	360,9	177,5	78,4	105,0	96,9	67,5
Verbrauchsgütergewerbe	**G**	1.238,6	756,2	331,4	151,0	496,5	263,4	120,3	112,8	742,1	483,3
	W	1.081,4	665,7	300,8	114,9	437,1	225,9	109,2	102,0	644,3	425,3
	O	157,2	90,5	30,6	36,1	59,4	37,5	11,1	10,8	97,8	58,0
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	**G**	606,5	199,8	150,9	255,8	307,0	81,2	68,3	157,5	299,5	137,7
	W	499,6	158,2	126,0	215,4	277,4	76,9	66,5	134,0	222,2	136,6
	O	106,9	41,6	24,9	40,4	29,6	4,3	1,8	23,5	77,3	1,1
Baugewerbe	**G**	870,8	635,9	234,9	-	91,5	72,1	19,4	-	779,3	576,5
	W	660,6	480,2	180,4	-	69,8	54,9	14,9	-	590,8	432,5
	O	210,2	155,7	54,5	-	21,7	17,2	4,5	-	188,5	144,0
Handel	**G**	3.201,4	719,7	2.412,9	68,8	1.754,0	311,9	1.442,1	-	1.447,4	1.121,7
	W	2.772,2	614,4	2.113,1	44,7	1.463,2	250,7	1.212,5	-	1.309,0	1.018,8
	O	429,2	105,3	299,8	24,1	290,8	61,2	229,6	-	138,4	102,9
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	**G**	1.245,9	519,1	201,2	525,6	455,7	118,3	60,5	276,9	790,2	342,0
	W	1.029,5	452,1	186,2	391,2	398,6	114,1	58,3	226,2	630,9	305,5
	O	216,4	67,0	15,0	134,4	57,1	4,2	2,2	50,7	159,3	36,5
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	**G**	589,7	-	-	589,7	-	-	-	-	589,7	162,9
	W	546,5	-	-	546,5	-	-	-	-	546,5	150,9
	O	43,2	-	-	43,2	-	-	-	-	43,2	12,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	**G**	3.109,6	630,3	804,2	1.675,1	1.393,2	396,4	147,5	849,3	1.716,4	463,1
	W	2.441,4	495,3	665,5	1.280,6	1.177,4	324,7	124,2	728,5	1.264,0	334,2
	O	668,2	135,0	138,7	394,5	215,8	71,7	23,3	120,8	452,4	128,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	**G**	2.325,4	29,8	188,7	2.106,9	1.621,3	21,4	127,7	1.472,2	704,1	605,1
	W	1.832,3	29,7	177,0	1.625,6	1.338,3	21,3	117,4	1.199,6	494,0	396,4
	O	493,1	0,1	11,7	481,3	283,0	0,1	10,3	272,6	210,1	208,7
Gesamte Wirtschaft	**G**	**19.444,8**	**6.008,2**	**5.559,4**	**7.877,2**	**11.131,3**	**3.179,5**	**3.016,4**	**4.935,4**	**8.313,5**	**4.603,6**
	W	**16.379,0**	**5.071,3**	**4.859,4**	**6.448,3**	**9.613,7**	**2.708,1**	**2.631,2**	**4.274,4**	**6.765,3**	**3.819,8**
	O	**3.065,8**	**936,9**	**700,0**	**1.428,9**	**1.517,6**	**471,4**	**385,2**	**661,0**	**1.548,2**	**783,8**

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
3) Alle Arbeitnehmer, die seit 2001 von mindestens einem Neuabschluss einer DGB-Gewerkschaft begünstigt wurden.
4) Im Vorjahr oder früher vereinbarte (Stufen)-Erhöhung, die 2008 wirksam wurde.

Durchschnittliche Abschlussraten[1] der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2008[2]

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1000)[3] -

Wirtschaftsbereich[4]		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
		begünstigte Arbeiter	Erhöhungsrate in %[5]	begünstigte Angestellte	Erhöhungsrate in %[5]	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsrate in %[5]	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsrate in %[5]	davon: 2008 in Kraft getr. Tariferhöhg.[5]	davon begünstigte Arbeitnehmer
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	**G**	143,2	7,0	21,4	7,1	-	-	164,6	7,0	3,9	164,6
	W	70,2	6,6	5,9	6,6	-	-	76,1	6,6	3,6	76,1
	O	73,0	7,4	15,5	7,3	-	-	88,5	7,4	4,0	88,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	38,7	5,1	13,3	5,2	115,3	5,6	167,3	5,4	4,1	167,3
	W	35,4	5,2	12,0	5,2	91,3	6,0	138,7	5,7	4,2	138,7
	O	3,3	4,4	1,3	4,9	24,0	3,9	28,6	4,0	4,0	28,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	**G**	194,1	5,0	79,9	4,9	664,3	7,6	938,3	6,8	4,4	936,8
	W	172,7	4,9	72,7	4,8	610,7	7,4	856,1	6,6	4,3	855,1
	O	21,4	5,7	7,2	5,4	53,6	10,0	82,2	8,4	5,4	81,7
Investitionsgütergewerbe	**G**	1.538,8	4,3	916,0	4,3	1.287,1	4,5	3.741,9	4,4	3,7	290,0
	W	1.361,3	4,3	837,6	4,3	1.182,1	4,5	3.381,0	4,4	3,8	277,0
	O	177,5	4,4	78,4	4,5	105,0	4,2	360,9	4,4	2,9	13,0
Verbrauchsgütergewerbe	**G**	263,4	5,9	120,3	5,8	112,8	7,2	496,5	6,2	4,0	481,7
	W	225,9	5,7	109,2	5,7	102,0	7,3	437,1	6,1	4,0	426,1
	O	37,5	7,1	11,1	6,9	10,8	6,3	59,4	6,9	4,2	55,6
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	**G**	81,2	4,0	68,3	4,0	157,5	4,2	307,0	4,1	3,3	298,8
	W	76,9	4,0	66,5	4,0	134,0	4,2	277,4	4,1	3,3	274,3
	O	4,3	3,5	1,8	3,4	23,5	4,2	29,6	4,1	2,9	24,5
Baugewerbe	**G**	72,1	6,7	19,4	6,5	-	-	91,5	6,7	3,5	90,4
	W	54,9	6,5	14,9	6,5	-	-	69,8	6,5	3,5	68,7
	O	17,2	7,4	4,5	6,5	-	-	21,7	7,2	3,5	21,7
Handel	**G**	311,9	3,0	1.442,1	3,0	-	-	1.754,0	3,0	3,0	1.754,0
	W	250,7	3,0	1.212,5	3,0	-	-	1.463,2	3,0	3,0	1.463,2
	O	61,2	3,0	229,6	3,0	-	-	290,8	3,0	3,0	290,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	**G**	116,6	5,5	60,5	6,1	276,9	7,0	454,0	6,5	4,0	422,6
	W	113,2	5,6	58,3	6,2	226,2	6,9	397,7	6,4	4,0	369,7
	O	3,4	3,8	2,2	3,8	50,7	7,3	56,3	7,0	3,9	52,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	**G**	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	W	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	**G**	396,4	3,8	147,5	4,4	822,0	5,5	1.365,9	4,9	3,6	1.365,9
	W	324,7	3,6	124,2	4,3	710,2	5,5	1.159,1	4,9	3,5	1.159,1
	O	71,7	4,7	23,3	5,0	111,8	5,4	206,8	5,1	3,7	206,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	**G**	21,4	4,8	127,7	4,3	1.472,2	8,7	1.621,3	8,3	5,6	1.613,0
	W	21,3	4,7	117,4	4,4	1.199,6	7,9	1.338,3	7,5	4,9	1.332,1
	O	0,1	16,7	10,3	3,8	272,6	12,2	283,0	11,9	9,0	280,9
Gesamte Wirtschaft	**G**	**3.177,8**	**4,5**	**3.016,4**	**3,8**	**4.908,1**	**6,6**	**11.102,3**	**5,2**	**4,0**	**7.585,1**
	W	**2.707,2**	**4,4**	**2.631,2**	**3,8**	**4.256,1**	**6,3**	**9.594,5**	**5,1**	**3,9**	**6.440,1**
	O	**470,6**	**5,1**	**385,2**	**3,8**	**652,0**	**8,5**	**1.507,8**	**6,2**	**5,0**	**1.145,0**

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Einschließlich Ost-West-Niveauanpassungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.

Verzögerungen der Tarifabschlüsse sowie Pauschalzahlungen[1] in der Tarifrunde 2008

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]		Arbeitnehmer mit Neuabschlüssen									nachrichtlich
		insgesamt	dar.: AN mit .....Monaten ohne Tariferhöhung								durchschnittl. Pauschalzahlung pro Monat €
			1	2	3	4	5	6 und mehr	AN insg.	AN mit Pauschalzahlungen	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	**G**	164,6	-	123,4	12,5	-	9,5	19,2	164,6	11,7	43
	W	76,1	-	52,2	-	-	9,5	14,4	76,1	11,7	43
	O	88,5	-	71,2	12,5	-	-	4,8	88,5	-	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	**G**	167,3	-	-	-	35,4	-	-	35,4	35,4	75
	W	138,7	-	-	-	35,4	-	-	35,4	35,4	75
	O	28,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	**G**	938,3	121,6	118,9	8,5	8,0	-	8,5	265,5	211,2	152
	W	856,1	105,1	109,9	8,0	-	-	8,5	231,5	184,3	153
	O	82,2	16,5	9,0	0,5	8,0	-	-	34,0	26,9	143
Investitionsgütergewerbe	**G**	3.741,9	168,2	4,1	3.473,0	-	-	-	3.645,3	3.607,8	165
	W	3.381,0	168,2	4,1	3.125,1	-	-	-	3.297,4	3.259,9	165
	O	360,9	-	-	347,9	-	-	-	347,9	347,9	170
Verbrauchsgütergewerbe	**G**	496,5	150,8	68,3	156,3	8,9	-	5,9	390,2	308,7	92
	W	437,1	142,5	68,3	156,3	8,9	-	2,1	378,1	272,1	86
	O	59,4	8,3	-	-	-	-	3,8	12,1	36,6	140
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	**G**	307,0	34,8	31,6	2,3	-	3,2	56,3	128,2	59,5	57
	W	277,4	28,5	26,5	2,3	-	-	54,6	111,9	44,9	56
	O	29,6	6,3	5,1	-	-	3,2	1,7	16,3	14,6	63
Baugewerbe	**G**	91,5	71,7	-	6,7	-	-	4,6	83,0	6,7	53
	W	69,8	52,4	-	6,7	-	-	2,2	61,3	6,7	53
	O	21,7	19,3	-	-	-	-	2,4	21,7	-	-
Handel	**G**	1.754,0	-	-	-	-	-	1.754,0	1.754,0	1.754,0	33
	W	1.463,2	-	-	-	-	-	1.463,2	1.463,2	1.463,2	33
	O	290,8	-	-	-	-	-	290,8	290,8	290,8	33
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	**G**	455,7	34,0	26,6	-	10,2	89,8	236,0	396,6	255,7	44
	W	398,6	33,3	26,6	-	6,8	87,3	195,4	349,4	217,8	44
	O	57,1	0,7	-	-	3,4	2,5	40,6	47,2	37,9	47
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	**G**	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	W	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	**G**	1.393,2	15,9	447,3	147,8	88,3	28,2	227,1	954,6	182,0	66
	W	1.177,4	15,9	378,2	101,9	66,3	28,2	190,0	780,5	129,2	84
	O	215,8	-	69,1	45,9	22,0	-	37,1	174,1	52,8	23
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	**G**	1.621,3	-	-	40,7	-	-	58,8	99,5	20,5	61
	W	1.338,3	-	-	33,6	-	-	55,5	89,1	17,2	60
	O	283,0	-	-	7,1	-	-	3,3	10,4	3,3	67
Gesamte Wirtschaft	**G**	**11.131,3**	**597,0**	**820,2**	**3.847,8**	**150,8**	**130,7**	**2.370,4**	**7.916,9**	**6.453,2**	**116**
	W	**9.613,7**	**545,9**	**665,8**	**3.433,9**	**117,4**	**125,0**	**1.985,9**	**6.873,9**	**5.642,4**	**118**
	O	**1.517,6**	**51,1**	**154,4**	**413,9**	**33,4**	**5,7**	**384,5**	**1.043,0**	**810,8**	**101**
Anteile in %	**G**	**100,0**	**5,4**	**7,4**	**34,6**	**1,4**	**1,2**	**21,3**	**71,1**	**58,0**	
	W	**100,0**	**5,7**	**6,9**	**35,7**	**1,2**	**1,3**	**20,7**	**71,5**	**58,7**	
	O	**100,0**	**3,4**	**10,2**	**27,3**	**2,2**	**0,4**	**25,3**	**68,7**	**53,4**	

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Ausgleich der eingetretenen Verzögerungen der Tarifabschlüsse durch tariflich vereinbarte Pauschalbeträge.
2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Vereinbarte Laufdauer[1] der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2008

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]		AN mit Neuabschlüssen insgesamt	darunter entfallen auf Tarifverträge mit einer Laufdauer von.....Monaten														durchschnittl. Laufdauer
			bis einschl. 11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24 und mehr	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	**G**	164,6	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	164,6	30,3
	W	76,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	76,1	32,4
	O	88,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	88,5	28,4
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	**G**	167,3	-	66,0	26,6	2,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	71,9	19,9
	W	138,7	-	41,5	22,5	2,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	71,9	21,5
	O	28,6	-	24,5	4,1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,1
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	**G**	938,3	-	80,6	44,1	141,8	42,7	-	-	-	-	-	-	-	48,0	581,1	21,3
	W	856,1	-	77,0	38,1	123,4	35,6	-	-	-	-	-	-	-	48,0	534,0	21,4
	O	82,2	-	3,6	6,0	18,4	7,1	-	-	-	-	-	-	-	-	47,1	20,2
Investitionsgütergewerbe	**G**	3.741,9	-	4,1	-	27,4	10,0	-	-	3.451,9	-	-	-	-	-	248,5	18,5
	W	3.381,0	-	4,1	-	25,2	9,8	-	-	3.104,0	-	-	-	-	-	237,9	18,5
	O	360,9	-	-	-	2,2	0,2	-	-	347,9	-	-	-	-	-	10,6	18,3
Verbrauchsgütergewerbe	**G**	496,5	-	127,3	10,8	-	-	-	-	-	-	0,9	-	-	2,6	351,1	21,9
	W	437,1	-	127,3	-	-	-	-	-	-	-	0,9	-	-	2,6	306,3	21,7
	O	59,4	-	-	10,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	44,8	23,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	**G**	307,0	12,6	100,5	3,5	31,1	-	-	17,3	5,6	19,9	-	-	-	1,7	106,9	19,6
	W	277,4	12,6	90,9	3,5	31,1	-	-	14,1	0,5	19,9	-	-	-	1,1	96,5	19,6
	O	29,6	-	9,6	-	-	-	-	3,2	5,1	-	-	-	-	0,6	10,4	19,8
Baugewerbe	**G**	91,5	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	91,5	27,4
	W	69,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	69,8	26,2
	O	21,7	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	21,7	31,1
Handel	**G**	1.754,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.754,0	24,0
	W	1.463,2	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	1.463,2	24,0
	O	290,8	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	290,8	24,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	**G**	455,7	-	15,4	-	-	11,0	-	1,7	30,6	-	6,5	41,1	-	-	349,4	26,5
	W	398,6	-	15,4	-	-	5,4	-	0,9	27,2	-	6,5	40,4	-	-	302,8	26,5
	O	57,1	-	-	-	-	5,6	-	0,8	3,4	-	-	0,7	-	-	46,6	26,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	**G**	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	W	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	**G**	1.393,2	-	133,9	1,2	-	108,6	0,7	28,2	2,5	-	-	335,3	16,6	-	738,9	28,1
	W	1.177,4	-	119,8	1,0	-	95,2	0,7	28,2	2,5	-	-	271,4	16,6	-	623,7	27,7
	O	215,8	-	14,1	0,2	-	13,4	-	-	-	-	-	63,9	-	-	115,2	30,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	**G**	1.621,3	-	23,9	-	-	-	-	40,7	-	-	8,3	-	-	-	1.548,4	24,2
	W	1.338,3	-	23,9	-	-	-	-	33,6	-	-	6,2	-	-	-	1.274,6	24,3
	O	283,0	-	-	-	-	-	-	7,1	-	-	2,1	-	-	-	273,8	23,8
Gesamte Wirtschaft	**G**	**11.131,3**	**12,6**	**551,7**	**86,2**	**203,1**	**172,3**	**0,7**	**87,9**	**3.490,6**	**19,9**	**15,7**	**376,4**	**16,6**	**52,3**	**6.006,3**	**22,4**
	W	**9.613,7**	**12,6**	**499,9**	**65,1**	**182,5**	**146,0**	**0,7**	**76,8**	**3.134,2**	**19,9**	**13,6**	**311,8**	**16,6**	**51,7**	**5.056,8**	**22,2**
	O	**1.517,6**	**-**	**51,8**	**21,1**	**20,6**	**26,3**	**-**	**11,1**	**356,4**	**-**	**2,1**	**64,6**	**-**	**0,6**	**949,5**	**23,4**
Anteile in %	**G**		**0,1**	**5,0**	**0,8**	**1,8**	**1,6**	**0,0**	**0,8**	**31,5**	**0,2**	**0,1**	**3,4**	**0,1**	**0,5**	**54,1**	
	W		**0,1**	**5,2**	**0,7**	**1,9**	**1,5**	**0,0**	**0,8**	**32,7**	**0,2**	**0,1**	**3,3**	**0,2**	**0,5**	**52,7**	
	O		**-**	**3,4**	**1,4**	**1,4**	**1,7**	**-**	**0,7**	**23,7**	**-**	**0,1**	**4,3**	**-**	**0,0**	**63,1**	

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Einschl. sog. „Nullmonate“ und durch Pauschalzahlungen abgegoltener „Verzögerungsmonate“ der Tariferhöhung.
2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2008[1] (Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)[2]

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)[3] -

Wirtschaftsbereich[4]		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
		AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	**G**	215,8	3,8	33,8	3,4	0,5	1,0	250,1	3,7
	W	132,3	3,7	15,8	3,2	-	-	148,1	3,6
	O	83,5	4,0	18,0	3,5	0,5	1,0	102,0	3,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	**G**	38,7	3,7	13,3	3,6	122,7	2,7	174,7	3,0
	W	35,4	3,7	12,0	3,4	98,7	2,5	146,1	2,8
	O	3,3	4,4	1,3	4,8	24,0	3,4	28,6	3,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	**G**	201,3	2,6	81,9	2,7	666,8	3,5	950,0	3,3
	W	173,7	2,6	72,7	2,8	610,7	3,4	857,1	3,2
	O	27,6	2,4	9,2	2,5	56,1	4,5	92,9	3,7
Investitionsgütergewerbe[5]	**G**	1.835,2	2,6	1.033,8	2,7	1.487,0	2,5	4.356,0	2,6
	W	1.649,1	2,6	948,6	2,7	1.329,9	2,5	3.927,6	2,6
	O	186,1	2,6	85,2	2,5	157,1	2,5	428,4	2,6
Verbrauchsgütergewerbe	**G**	577,6	2,8	268,5	2,8	145,5	3,0	991,6	2,8
	W	512,0	2,9	247,1	2,8	109,4	3,0	868,5	2,9
	O	65,6	2,6	21,4	2,6	36,1	3,0	123,1	2,7
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	**G**	117,0	2,4	94,2	2,3	233,5	2,6	444,7	2,5
	W	112,7	2,4	92,4	2,3	208,9	2,6	414,0	2,5
	O	4,3	3,1	1,8	3,1	24,6	2,6	30,7	2,7
Baugewerbe	**G**	580,1	2,9	198,2	3,1	-	-	778,3	3,0
	W	436,8	2,9	151,4	3,1	-	-	588,2	3,0
	O	143,3	2,9	46,8	3,1	-	-	190,1	3,0
Handel	**G**	662,0	2,2	2.205,3	1,8	8,4	3,2	2.875,7	1,9
	W	560,3	2,2	1.913,3	1,9	8,4	3,2	2.482,0	1,9
	O	101,7	1,9	292,0	1,6	-	-	393,7	1,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung[6]	**G**	183,0	2,9	86,5	2,8	480,3	3,9	749,8	3,5
	W	179,6	2,9	84,3	2,8	375,0	3,8	638,9	3,4
	O	3,4	2,6	2,2	2,7	105,3	4,0	110,9	3,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	**G**	-	-	-	-	162,9	2,7	162,9	2,7
	W	-	-	-	-	150,9	2,7	150,9	2,7
	O	-	-	-	-	12,0	2,7	12,0	2,7
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	**G**	478,0	3,0	200,9	2,1	1.173,8	3,2	1.852,7	3,0
	W	393,3	3,0	173,6	2,1	927,4	3,1	1.494,3	3,0
	O	84,7	2,9	27,3	2,1	246,4	3,5	358,4	3,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	**G**	21,4	3,7	127,7	2,9	2.077,3	4,5	2.226,4	4,4
	W	21,3	3,7	117,4	3,0	1.596,0	3,2	1.734,7	3,2
	O	0,1	11,0	10,3	2,2	481,3	8,9	491,7	8,7
Gesamte Wirtschaft	**G**	**4.910,1**	**2,7**	**4.344,1**	**2,3**	**6.558,7**	**3,5**	**15.812,9**	**2,9**
	W	**4.206,5**	**2,7**	**3.828,6**	**2,3**	**5.415,3**	**3,0**	**13.450,4**	**2,7**
	O	**703,6**	**2,8**	**515,5**	**2,1**	**1.143,4**	**5,7**	**2.362,5**	**4,0**

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2008 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2007 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
5) Ohne Berücksichtigung der ERA-Strukturkomponenten aus den Abschlüssen 2002 und 2004 der Metall- und Elektroindustrie.
6) Inkl. Berechnung der Erhöhung durch Einführung einer neuen Entg.-Struktur bei der Deutschen Bahn AG im Volumen von 6,5 %.

Tabelle 6:

Tarifliche Grundvergütung[1] und Tarifniveau in Ost und West
- ausgewählte Tarifbereiche -

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Vergü-tungsart	Tarifliche Grundvergütung/Monat[2]		
		Ost	West	Ost/West in %
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	L	1.331	1.850	72,0
Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	2.588	2.650	97,7
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	L G	1.844 2.061	1.844 2.061	100,0 100,0
Chemische Industrie Ost/Berlin-West	E	2.459	2.714	90,6
Mineralölverarbeitung SHELL Deutschland Oil GmbH	E	3.324	3.324	100,0
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	L G E	2.031 2.496 2.155	2.031 2.496 2.351	100,0 100,0 91,7
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	E	1.824	2.069	88,2
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen/Bayern	E	1.880	L: 2.113 G: 2.536	89,0 74,1
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	L G	2.053 2.381	2.061 2.381	99,6 100,0
Druckindustrie Arb.: Ost/West Ang.: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt/Hamburg, Schleswig-Holstein	L G	2.410 2.546	2.410 2.546	100,0 100,0
Textilindustrie Ost/Westfalen und Osnabrück	E	1.847	L: 1.878 G. 2.573	98,3 71,8
Süßwarenindustrie Ost/Baden-Württemberg	E	2.204	2.307	95,5[3]
Bauhauptgewerbe Ost (ohne Berlin-Ost)/ West (ohne Berlin-West)	L G	2.191 1.776	2.456 1.989	89,2 89,3
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	L G	2.119 1.980	2.209 2.158	95,9 91,8
Einzelhandel Brandenburg/Berlin-West	L G	2.031 2.036	2.030 2.036	100,0 100,0
Deutsche Bahn AG Konzern Ost/West[4]	E	1.930	1.930	100,0
Deutsche Post AG	E	2.270	2.270	100,0
Deutsche Telekom AG	E	2.580	2.580	100,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	E	1.152	L: 1.817 G: 2.163	63,4 53,3
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken) Ost/West	E	2.629	2.629	100,0
Versicherungsgewerbe (Innendienst) Ost/West	E	2.461	2.461	100,0
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	E[5]	1.355	1.771	76,5
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Mecklenburg-Vorp., Thüringen, Sachsen/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	L G	1.532 2.141	2.020 2.141	75,8 100,0
Öffentlicher Dienst Ost/West Bund, Gemeinden Länder	E E	2.304 2.250	2.304 2.250	100,0 100,0

L = Lohn; G = Gehalt; E = Entgelt

1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge ggfs. auf volle € gerundet.
2) Mittlere Gruppe (Endstufe) = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, i.d.R. dreijähriger Ausbildung.
3) Nominell 100 % der Durchschnittsentgelte aller regionalen Bereiche West.
4) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG; ohne Lokomotivführer.
5) Eingangsstufe.

Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur[1] in ausgewählten Tarifbereichen West

Tarifbereich	Vergütungsart[2]	unterste Gruppe		mittlere[3] Gruppe		oberste Gruppe		Spalte 8 zu Spalte 3 in %
		Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif	Endstufe	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Landwirtschaft Bayern	L G[4]	1.295	1.295	1.850	1.850	2.126	2.126	164,2
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	1.350	1.643	2.177	2.650	4.157	5.061	374,9
Steinkohlenbergbau Ruhr	L G	1.413 1.192	1.413 1.534	1.774 1.572	1.774 2.184	2.597 2.816	2.597 3.402	183,8 285,4
Eisen- und Stahlindustrie NRW	L G	1.505 1.343	1.505 1.642	1.844 1.681	1.844 2.061	2.266 3.445	2.266 3.962	150,6 295,0
Chemische Industrie Nordrhein	E	2.034	2.034	2.381	2.762	4.765	4.765	234,3
Shell Deutschland Oil GmbH	E[5]	2.250	2.250	3.324	3.324	4.945	4.945	219,8
Metall- und Elektroindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden	L G E	1.724 1.614 1.798	1.724 1.899 1.798	2.028 1.980 2.430	2.028 2.328 2.430	2.738 4.330 4.531	2.738 4.330 4.531	158,8 268,3 252,0
Kfz-Gewerbe NRW	E	1.556	1.556	1.765	1.765	3.244	3.244	208,5
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Westfalen-Lippe	L G	1.868 1.839	1.868 1.839	2.173 2.185	2.173 2.571	2.173 4.145	2.173 4.145	116,3 225,4
Papier verarbeitende Industrie Westfalen	L G	1.546 1.561	1.546 1.955	1.897 1.872	2.061 2.562	2.473 3.719	2.473 3.719	160,0 238,2
Druckindustrie Arb.: Bundesgebiet West Ang.: NRW	 L G	 1.783[6] 1.537	 1.928 2.113	 2.290 1.760	 2.410 2.410	 2.892 4.515	 2.892 4.515	 162,2 293,8
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück	L G	1.690 1.590	1.709 2.043	1.844 2.088	1.878 2.573	1.954 4.095	1.987 4.095	117,6 257,5
Bekleidungsindustrie Bayern	L G	1.322[7] 1.515	1.555 2.149	1.869 1.609	1.869 2.504	2.262 2.550	2.262 3.694	171,1 243,8
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	E	1.553	1.553	2.124	2.307	3.964	3.964	255,2
Bauhauptgewerbe (ohne Berlin-West)	L[8] G[8]	1.853[9] 1.724	1.853[9] 1.724	2.456 1.989	2.456 1.989	3.079 4.867	3.079 4.867	166,2 282,3
Großhandel NRW	L G	1.520 1.437	1.520 1.874	2.209 1.746	2.209 2.158	2.405 3.371	2.405 3.874	158,2 269,2
Einzelhandel NRW	L G	1.649 1.235	2.006 1.577	1.841 1.622	2.380 2.066	2.209 2.533	2.856 3.939	173,2 318,9
Deutsche Bahn AG Konzern[10]	E[11] E[12]	1.510 1.967	1.590 2.427	1.770 -	1.930 -	4.050 2.661	4.800 3.121	317,9 158,7
Deutsche Post AG[13]	E	1.534	1.810	1.810	2.270	3.448	4.297	280,1
Deutsche Telekom AG	E	1.852	2.289	2.168	2.580	4.582[14]	5.658[14]	305,5
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe NRW	L G	1.574 1.356	1.574 1.639	1.733[15] 1.542	1.733[15] 2.032	1.793[15] 2.402	1.793[15] 3.112	113,9 229,5
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	E	1.853	2.186	2.102	2.629	3.637	4.092	220,8
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	E	2.069[16]	2.069[16]	2.153	2.461	3.352	4.041	195,3
Hotel- und Gaststättengewerbe[17] Bayern	E	1.313	1.426	1.771	1.771	2.699	2.699	205,6
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Bundesgebiet West / Ang.: Berlin	L G	1.377[9] 1.338	1.377[9] 1.604	2.020 1.876	2.020 2.141	2.326 2.308	2.326 2.810	168,9 210,0
Öffentlicher Dienst Bund Länder Gemeinden	 E E E	 1.377 1.325 1.377	 1.536 1.485 1.536	 1.792 1.740 1.792	 2.304 2.250 2.304	 3.540 3.485 3.540	 4.980 4.920 5.237	 361,7 371,3 380,3

Fußnoten siehe nächste Seite

Fußnoten Tabelle 7a:

1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle € gerundet.
2) Soweit im TV kein Monatslohn angegeben ist, wurde der Monatssatz errechnet aus Stundenlohn x Stundenteiler; bei unterschiedlichen Gehältern von kaufm. und techn. Angestellten sind die Gehälter der kaufm. Angestellten angegeben; bei Druckindustrie Wochenlohn x 4,33.
3) Mittlere Gruppe = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, in der Regel dreijähriger Berufsausbildung.
4) Neue Gehaltsordnung ab Meister und höherwertige Tätigkeiten mit 2.039 - 3.947 €/Mon.
5) Ohne Berücksichtigung der Wartezeiten für neu eingestellte AN.
6) Eingangsstufe (Einarbeitungslohn 6 Monate).
7) Berücksichtigt wurde der Abschlag für Anzulernende (85 % für die ersten 6 Wochen).
8) Lohn: ohne Hamburg; Gehalt Bayern: zzgl. evtl. Ausgleichsbeträge als Besitzstand.
9) Mindestlohn LGr. 1.
10) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
11) Ohne Lokomotivführer.
12) Lokomotivführer.
13) Mindestlohn für Briefdienstleistungen 8,40/9,80 € je Std. (bei 38,5-Stunden-Woche = 1.406/1.641 € mtl.).
14) Angabe im TV Jahresentgelt. Monatsbasis eigene Berechnung.
15) Kraftfahrer auf Basis einer 39-Stunden-Woche.
16) Einführung einer neuen unteren GehGr. A für ab 01.01.08 Neueingestellte (1.350/1.400 € im 1./ab 2. Bj.).
17) Festbesoldetes Personal.

Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur[1] in ausgewählten Tarifbereichen Ost

Tarifbereich	Vergütungsart[2]	unterste Gruppe		mittlere[3] Gruppe		oberste Gruppe		Spalte 8 zu Spalte 3 in %
		Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif n.v. 18. Lj.	Endstufe	Einstiegstarif	Endstufe	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Landwirtschaft	L	1.168	1.168	1.331	1.331	1.737	1.737	148,7
Mecklenburg-Vorpommern	G	[4]	[4]	1.230	1.230	3.061	3.061	-
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU)	E	1.726	2.071	2.157	2.588	4.055	4.866	281,9
Eisen- und Stahlindustrie	L	1.505	1.505	1.844	1.844	2.266	2.266	150,6
	G	1.343	1.642	1.681	2.061	3.445	3.962	295,0
Chemische Industrie	E	1.958	1.958	2.271	2.459	4.308	4.308	220,0
Shell Deutschland Oil GmbH	E[5]	2.250	2.250	3.324	3.324	4.945	4.945	219,8
Metall- und Elektroindustrie	L	1.681	1.681	2.031	2.031	2.699	2.699	160,6
Sachsen	G	1.422	1.792	1.989	2.496	4.079	4.554	320,3
	E	1.810	1.810	2.155	2.155	3.987	3.987	220,3
Kfz-Gewerbe Thüringen	E	1.536	1.536	1.824	1.824	2.880	2.880	187,5
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Sachsen	E	1.598	1.598	1.880	1.880	3.384	3.384	211,8
Papier verarbeitende Industrie	L	1.539	1.539	1.888	2.053	2.464	2.464	160,1
Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	G	1.309	1.831	1.766	2.381	3.629	3.629	277,2
Druckindustrie	L	1.783	1.928	2.290	2.410	2.892	2.892	162,2
Ang.: ohne Berlin u. Brandenburg	G	1.515	2.063	1.782	2.546	4.515	4.515	298,0
Textilindustrie	E[5]	1.301	1.384	1.736	1.847	2.952	3.140	241,4
Süßwarenindustrie	E	1.522	1.522	2.005	2.204	4.052	4.052	266,2
Bauhauptgewerbe	L	1.559[6]	1.559[6]	2.191	2.191	2.747	2.747	173,3
(ohne Berlin Ost)	G	1.537	1.537	1.776	1.776	4.341	4.341	282,4
Großhandel	L	1.554	1.554	2.119	2.119	2.271	2.271	146,1
Sachsen-Anhalt	G	1.264	1.492	1.554	1.980	2.838	3.222	254,9
Einzelhandel Brandenburg	L	1.246	1.617	1.564	2.031	2.447	2.447	196,4
	G	1.398	1.747	1.706	2.036	2.458	3.797	271,6
Deutsche Bahn AG Konzern[7]	E[8]	1.510	1.590	1.770	1.930	4.050	4.800	317,6
	E[9]	1.967	2.427	-	-	2.661	3.121	158,7
Deutsche Post AG[10]	E	1.534	1.810	1.810	2.270	3.448	4.297	280,1
Deutsche Telekom AG	E	1.852	2.289	2.168	2.580	4.582[11]	5.658[11]	305,5
Privates Verkehrsgewerbe (Spedition u. Güterverkehr) Thüringen	E[12]	886	886	1.062	1.152	1.062	1.152	130,0
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	E	1.853	2.186	2.102	2.629	3.637	4.092	220,8
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	E	2.069[13]	2.069[13]	2.153	2.461	3.352	4.041	195,3
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	E	1.142	1.142	1.355	1.412	1.796	1.796	157,3
Gebäudereinigerhandwerk								
Arb.: Mecklenb.-Vorp., Thüringen, Sachsen	L	1.111[6]	1.111[6]	1.532	1.532	1.758	1.758	158,2
Ang.: Berlin	G	1.338	1.604	1.876	2.141	2.308	2.810	210,0
Öffentlicher Dienst								
Bund,	E	1.377	1.536	1.792	2.304	3.540	4.980	361,7
Länder	E	1.325	1.485	1.740	2.250	3.224	4.551	343,5
Gemeinden	E	1.377	1.536	1.792	2.304	3.434	5.080	368,9

1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle € gerundet.
2) Soweit im TV kein Monatslohn angegeben ist, wurde der Monatssatz errechnet aus Stundenlohn x Stundenteiler; bei unterschiedlichen Gehältern von kaufm. und techn. Angestellten sind die Gehälter der kaufm. Angestellten angegeben; bei Druckindustrie Wochenlohn x 4,33.
3) Mittlere Gruppe = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, in der Regel dreijähriger Berufsausbildung.
4) Nach individueller Vereinbarung.
5) Ohne Berücksichtigung der Wartezeiten für neu eingestellte AN.
6) Mindestlohn LGr. 1.
7) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
8) Ohne Lokomotivführer.
9) Lokomotivführer.
10) Mindestlohn für Briefdienstleistungen 8,00/9,00 € je Std. (bei 38,5-Stunden-Woche = 1.339/1.507 € mtl.).
11) Angabe im TV Jahresentgelt. Monatsbasis eigene Berechnung.
12) Fahrendes Personal.
13) Einführung einer neuen unteren GehGr. A für ab 01.01.08 Neueingestellte (1.350/1.400 € im 1./ab 2. Bj.).

Tabelle 8:

Ausbildungsvergütungen der gewerblichen und kaufmännischen Auszubildenden[1] in ausgewählten Tarifbereichen West/Ost

Tarifbereich	1. Ausbildungsjahr €	2. Ausbildungsjahr €	3. Ausbildungsjahr €	4. Ausbildungsjahr €	Erhöhung gegenüber Dezember 2007 im 3. Ausbildungsjahr %
Landwirtschaft[2] Bayern	450/490	490/545	560/630	-	3,7/3,8
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern	450	485	500	-	0,0
Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	615	710	804	899	3,9
Energie- und Versorgungswirtschaft (AVEU) Ost	560	647	737	830	3,9
Steinkohlenbergbau Ruhr[3]	524	585	646	707	3,2
Eisen- und Stahlindustrie NRW[4], Ost	689	710	747	792	10,3
Chemische Industrie Nordrhein	713	792	873	942	4,1
Chemische Industrie Ost	688	733	781	831	6,5
Shell Deutschland Oil GmbH	800	871	955	1.039	4,4
Metall- und Elektroindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden[5,6]	764/778	809/826	880/899	945/948	1,7/1,7
Metall- und Elektroindustrie Sachsen[6,7]	717/754	768/797	831/840	875/884	1,7/1,7
Kfz-Gewerbe NRW[2]	468/515	494/543	544/598	599/659	0,0
Kfz-Gewerbe Thüringen	415	470	530	580	0,0
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Westf.-Lippe	645	688	746	-	2,6
Holz u. Kunststoff verarb. Industrie Sachsen	511	553	594	-	2,6
Papier verarbeitende Industrie Westfalen, Sachs.-Anh., Thüringen, Sachsen	702	765	828	890	3,9
Druckindustrie	816	867	919	970	2,1
Textilindustrie Westfalen u. Osnabrück	651	716	792	856	7,6
Textilindustrie Ost	514	556	619	476	2,7
Bekleidungsindustrie Bayern	578	631 (642)	714 (738)	-	8,2 (8,1)
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	639	706	800	870	2,4
Süßwarenindustrie Ost	552	640	727	794	2,5
Bauhauptgewerbe[8] (West ohne Berlin-West)	580 (575)	901 (802)	1.138 (1.046)	1.280 (-)	1,6 (1,6)
Bauhauptgewerbe (Ost ohne Berlin-Ost)	498 (492)	695 (619)	878 (809)	988 (-)	1,6 (1,6)
Großhandel NRW	670	742	808	-	1,3
Großhandel Sachsen-Anhalt	593	656	696	-	1,5
Einzelhandel NRW	622	692	791	844	3,0
Einzelhandel Brandenburg	553	623	714	-	3,0
Deutsche Bahn AG Konzern[9]	655	708	761	814	7,3
Deutsche Post AG	647	720	794	-	4,1
Deutsche Telekom AG[10]	696	748	796	863	0,0
[11]	650/600	700/650	750/700	800/750	0,0/0,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe NRW	504	588	654	-	0,0
Privates Verkehrsgewerbe (Spedition u. Güterverkehr) Thüringen[12]	332	387	442	-	0,0
Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken)	750	810	869	-	0,0
Versicherungsgewerbe	754	827	899	-	1,1
Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern[2]	495/567	649	732	-	3,1
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen	425	515	580	-	3,6
Gebäudereinigerhandwerk gewerbl.: West kaufm.: Berlin-West	530 (502)	635 (601)	745 (704)	-	3,8 (0,0)
Gebäudereinigerhandwerk gewerbl.: Mecklenb.-Vorp., Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt kaufm.: Berlin-Ost	385 (502)	460 (601)	540 (704)	-	5,3 (0,0)
Öffentlicher Dienst Bund, Gemeinden	687	736	781	843	[13]
Öffentlicher Dienst Länder	635	685	732	795	[13]

Fußnoten siehe nächste Seite

Fußnoten zu Tabelle 8

1) Beträge auf volle € gerundet; bei unterschiedlichen Ausbildungsvergütungen Angaben für kaufm. Auszubildende in Klammern.
2) Ausbildungsvergütung unter 18./ab 18. Lebensjahr.
3) Für die Dauer der Untertageausbildung + 100 € mtl., für Auszubildende zum Bergmechaniker oder Berg- und Maschinenmann + 36 € mtl.
4) Auszubildende in den Berufen als Schmied, Former, Hüttenfacharbeiter und Metallhüttenarbeiter erhalten einen Zuschlag von 20,45 € mtl.
5) Auszubildende in den Berufen als Formschmied, Gesenkschmied, Kesselschmied und Former erhalten einen Zuschlag von 23,01 € mtl.
6) Ausbildungsvergütung für Ausz. In Betrieben, in denen der ERA-TV noch nicht/bereits eingeführt wurde.
7) Auszubildende in den Berufen als Schmied/Former erhalten einen Zuschlag von 25,56/30,68 € mtl.
8) Für Hamburg Sonderregelung.
9) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG.
10) Für bis zum 28.02.07 eingestellte Ausz.
11) Für ab dem 01.03.07 eingestellte Ausz. im Cluster 1 (u.a. Fachinformatiker, IT-Systemkaufleute, Industriekaufleute) / Cluster 2 (u.a. Kaufleute im Einzelhandel, Werbekaufleute, Rechtsanwalt-Fachangestellte).
12) Eigene Berechnung.
13) Bund, Gemeinden West: 9,8 %; Bund Ost: 18,7 %; Gemeinden Ost: 13,2 %; Länder West: 3,0 %; Länder Ost: 11,2 %.

Tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit[1, 2]

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten[3] - Anteile in % -

Wirtschaftsbereich[4]		erfasste AN insgesamt	Beschäftigte nach der vereinbarten tarifl. Wochenarbeitszeit in %[5]										Durchschnittl. vereinb. tarifl. WAZ
			bis zu 35	36	36,5	37	37,5	38	38,5	39	39,5	40 u. mehr	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	292,7	-	-	-	-	-	-	2,5	38,8	1,5	57,2	39,6
	W	182,8	-	-	-	-	-	-	3,9	55,8	2,4	37,9	39,4
	O	109,9	-	-	-	-	-	-	-	10,6	-	89,4	39,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	208,2	-	1,2	-	21,1	0,5	46,1	-	-	-	31,1	38,4
	W	156,1	-	1,7	-	28,2	0,6	41,1	-	-	-	28,4	38,3
	O	52,1	-	-	-	-	-	61,0	-	-	-	39,0	38,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	1.042,7	15,1	-	-	0,8	55,7	16,3	-	2,9	-	9,2	37,5
	W	922,7	15,3	-	-	-	63,0	17,5	-	2,5	-	1,7	37,3
	O	120,0	13,8	-	-	6,9	-	6,7	-	5,9	-	66,8	38,9
Investitionsgütergewerbe	G	4.981,7	64,7	9,4	1,6	11,1	0,7	9,3	1,8	0,4	-	1,0	35,6
	W	4.422,3	72,9	10,2	1,8	10,7	0,3	1,9	2,0	-	-	0,1	35,3
	O	559,4	-	3,1	-	14,6	3,8	67,7	-	3,1	-	7,7	38,0
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.238,6	36,6	0,5	-	20,6	4,8	22,2	5,0	3,2	0,1	7,0	36,9
	W	1.081,4	41,9	0,5	-	22,9	5,5	19,6	5,8	2,9	0,1	0,8	36,6
	O	157,2	-	-	-	5,3	-	39,5	-	5,2	-	50,1	39,3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	606,1	-	4,6	-	8,0	5,6	39,3	7,0	15,3	-	20,2	38,4
	W	499,6	-	5,6	-	9,5	6,6	46,1	7,6	15,9	-	8,7	38,1
	O	106,5	-	-	-	0,9	0,7	7,2	4,4	12,4	-	74,4	39,6
Baugewerbe	G	867,7	-	-	-	-	-	0,5	0,9	19,2	0,5	79,0	39,8
	W	658,4	-	-	-	-	-	0,6	1,1	19,4	0,5	78,3	39,8
	O	209,3	-	-	-	-	-	-	-	18,4	0,5	81,1	39,8
Handel	G	3.223,3	-	-	-	1,7	51,4	8,9	31,9	5,7	0,1	0,3	37,9
	W	2.783,4	-	-	-	2,0	59,5	0,4	36,8	1,2	-	0,0	37,9
	O	439,9	-	-	-	-	-	62,3	1,4	33,8	0,4	2,2	38,4
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.234,1	1,4	-	-	-	1,6	17,6	30,7	31,9	-	14,7	38,7
	W	1.020,3	1,2	-	-	-	1,9	19,7	32,5	35,2	-	7,1	38,6
	O	213,8	2,8	-	-	-	0,3	7,5	22,1	15,9	-	50,9	39,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	589,7	-	-	-	-	-	27,6	-	72,4	-	-	38,7
	W	546,5	-	-	-	-	-	27,6	-	72,4	-	-	38,7
	O	43,2	-	-	-	-	-	27,8	-	72,2	-	-	38,7
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.076,8	17,1	0,7	0,3	6,9	0,3	7,6	19,4	33,2	1,8	10,6	38,1
	W	2.411,4	15,0	0,8	0,3	6,4	0,4	7,9	22,2	38,4	1,4	4,9	38,1
	O	665,4	24,8	0,1	0,3	8,6	-	6,4	9,3	14,2	3,3	31,2	38,1
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.337,4	0,5	-	-	-	0,0	0,3	6,5	58,1	3,7	28,1	39,2
	W	1.778,4	0,5	-	-	-	0,1	0,3	8,2	72,6	4,7	13,3	39,1
	O	500,7	0,2	-	-	-	-	0,2	1,4	13,6	0,6	83,9	39,8
Gesamte Wirtschaft	**G**	**19.699,0**	**22,3**	**2,7**	**0,5**	**6,0**	**12,2**	**10,9**	**12,0**	**19,5**	**0,8**	**12,4**	**37,6**
	W	**16.463,3**	**25,5**	**3,1**	**0,5**	**6,2**	**14,4**	**8,0**	**13,6**	**20,5**	**0,8**	**6,9**	**37,4**
	O	**3.177,4**	**5,9**	**0,6**	**0,1**	**4,9**	**0,7**	**26,3**	**4,0**	**14,9**	**0,9**	**41,4**	**38,8**

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Die Angaben beziehen sich auf die zum Stichtag 31.12.2008 vereinbarte regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit (bei stufenweiser Verkürzung der Arbeitszeit in der letzten Stufe unabhängig vom Datum des Inkrafttretens der bis zum Stichtag vereinbarten Arbeitszeitverkürzung; ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigtengruppen).
2) Abweichungen der Durchschnittswerte gegenüber den Ost- und West-Tabellen durch Rundungen möglich.
3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeit-nehmer. Die Differenz zwischen Beschäftigtenzahlen von Arbeitszeitstatistiken einerseits und den Einkommensstatistiken erklärt sich zum einen daraus, dass die Anzahl der Arbeitnehmer in Tarifbereichen mit tariflosem Zustand bei Lohn, Gehalt, Entgelt in den Vergütungstabellen nicht enthalten ist, mit ihren Arbeitszeitrege-lungen aber in den Arbeitszeitstatistiken berücksichtigt wird; zum anderen daraus, dass den Arbeitszeit- und Vergütungstabellen teilweise unter-schiedliche Geltungsbereiche zugrunde liegen.
4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
5) Falls sich die Einzelspalten nicht zur AN-Gesamtangabe addieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder mit Sonderregelung.

Tariflicher Urlaubsanspruch[1]

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]		erfasste AN insgesamt	AN mit Endurlaub > 30 AT		durchschnittl. Grundurlaub	durchschnittl. Endurlaub	durchschnittl. mittlerer Urlaubs-anspruch
			Anzahl in 1.000	%	in AT	in AT	in AT
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	292,7	-	-	24,3	27,7	26,0
	W	182,8	-	-	25,3	28,0	26,7
	O	109,9	-	-	22,5	27,3	24,9
Energie- und Wasser-versorgung, Bergbau	G	208,2	-	-	30,0	30,0	30,0
	W	156,1	-	-	30,0	30,0	30,0
	O	52,1	-	-	29,8	29,8	29,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	1.042,7	-	-	29,8	29,9	29,8
	W	922,7	-	-	29,9	30,0	30,0
	O	120,0	-	-	28,4	29,4	28,9
Investitionsgütergewerbe	G	4.981,7	1.097,0	22,0	29,9	30,2	30,1
	W	4.422,3	1.097,0	24,8	30,0	30,2	30,1
	O	559,4	-	-	29,7	29,8	29,7
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.238,6	125,5	10,1	29,4	30,0	29,7
	W	1.081,4	125,5	11,6	29,6	30,2	29,9
	O	157,2	-	-	28,4	29,1	28,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	606,1	86,0	14,2	26,7	29,6	28,2
	W	499,6	83,5	16,7	27,3	30,3	28,8
	O	106,5	2,5	2,3	24,0	26,6	25,3
Baugewerbe	G	867,7	-	-	28,9	30,0	29,4
	W	658,4	-	-	28,8	30,0	29,4
	O	209,3	-	-	29,0	30,0	29,5
Handel	G	3.223,3	267,0	8,3	27,3	30,1	28,7
	W	2.783,4	267,0	9,6	27,5	30,1	28,8
	O	439,9	-	-	26,2	30,0	28,1
Verkehr und Nach-richtenübermittlung	G	1.234,1	81,2	6,6	26,7	29,8	28,2
	W	1.020,3	81,1	7,9	26,9	30,0	28,5
	O	213,8	0,1	0,0	25,6	29,0	27,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	589,7	-	-	30,0	30,0	30,0
	W	546,5	-	-	30,0	30,0	30,0
	O	43,2	-	-	30,0	30,0	30,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.076,8	159,1	5,2	25,4	29,9	27,6
	W	2.411,4	143,0	5,9	25,7	29,9	27,8
	O	665,4	16,1	2,4	24,5	29,5	27,0
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.337,4	51,4	2,2	26,1	30,0	28,1
	W	1.778,4	43,3	2,4	26,2	30,0	28,1
	O	500,7	8,1	1,6	26,1	30,0	28,0
Gesamte Wirtschaft	**G**	**19.699,0**	**1.867,2**	**9,5**	**27,9**	**30,0**	**28,9**
	W	**16.463,3**	**1.840,4**	**11,2**	**28,1**	**30,1**	**29,1**
	O	**3.177,4**	**26,8**	**0,8**	**26,7**	**29,5**	**28,1**

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

1) Abweichungen der Durchschnittswerte für Gesamtdeutschland gegenüber Ost- und Westdeutschland durch Rundungen möglich.
2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer. Tarifliche Sonderregelungen zum Urlaub, wie z. B. die Freie-Tage-Regelung in der Seeschifffahrt, bleiben bei der Berechnung des Grund- und Endurlaubs unberücksichtigt.
3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Tarifliche Wochenarbeitszeit, Urlaub und Jahresarbeitszeit[1]

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]		erfasste AN insgesamt	Tarifliche WAZ in Stunden in Kraft zum 31.12.08	durchschnittl. mittlerer Urlaubs-anspruch in AT	Arbeitstage pro Jahr[4]	Tarifliche Jahres-AZ in Stunden[5]
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	292,7	39,6	26,0	222,8	1.765,7
	W	182,8	39,4	26,7	222,2	1.749,9
	O	109,9	40,0	24,9	223,8	1.792,2
Energie- und Wasser-versorgung, Bergbau	G	208,2	38,2	30,0	213,8	1.634,2
	W	156,1	38,1	30,0	212,4	1.614,6
	O	52,1	38,8	29,8	218,2	1.692,7
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	1.042,7	37,5	29,8	219,3	1.644,7
	W	922,7	37,3	30,0	219,1	1.634,1
	O	120,0	39,1	28,9	220,4	1.726,0
Investitionsgütergewerbe	G	4.981,7	35,6	30,1	219,1	1.561,7
	W	4.422,3	35,3	30,1	219,0	1.548,5
	O	559,4	38,0	29,7	219,4	1.665,8
Verbrauchsgütergewerbe	G	1.238,6	36,9	29,7	219,3	1.619,1
	W	1.081,4	36,6	29,9	219,2	1.602,3
	O	157,2	39,3	28,8	220,4	1.734,8
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	606,1	38,4	28,2	221,0	1.697,5
	W	499,6	38,1	28,8	220,3	1.680,5
	O	106,5	39,6	25,3	224,2	1.777,2
Baugewerbe	G	867,7	39,8	29,4	220,0	1.750,2
	W	658,4	39,8	29,4	220,0	1.749,8
	O	209,3	39,8	29,5	220,0	1.751,7
Handel	G	3.223,3	37,9	28,7	221,2	1.679,1
	W	2.783,4	37,9	28,8	221,1	1.675,3
	O	439,9	38,4	28,1	221,8	1.703,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	1.234,1	38,7	28,2	220,8	1.706,7
	W	1.020,3	38,6	28,5	220,6	1.700,9
	O	213,8	39,2	27,3	221,8	1.733,2
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	589,7	38,7	30,0	218,0	1.688,4
	W	546,5	38,7	30,0	218,0	1.688,4
	O	43,2	38,7	30,0	218,0	1.688,3
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	3.076,8	38,1	27,6	221,5	1.686,0
	W	2.411,4	38,1	27,8	221,3	1.683,6
	O	665,4	38,2	27,0	222,1	1.694,4
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2.337,4	39,2	28,1	219,9	1.723,6
	W	1.778,4	39,1	28,1	219,9	1.715,6
	O	500,7	39,8	28,0	219,9	1.751,9
Gesamte Wirtschaft	**G**	**19.699,0**	**37,6**	**28,9**	**220,1**	**1.656,2**
	W	**16.463,3**	**37,4**	**29,1**	**219,9**	**1.644,8**
	O	**3.177,4**	**38,8**	**28,1**	**221,0**	**1.715,4**

1) Abweichungen der Durchschnittswerte für Gesamtdeutschland gegenüber Ost- und Westdeutschland durch Rundungen möglich.
2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.
3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
4) Berechnungsbasis sind einheitlich 250 potentielle Arbeitstage pro Jahr minus durchschnittlichem Urlaubsanspruch und sonstigen arbeitsfreien Tagen pro Jahr.
5) Tarifliche Jahresarbeitszeit ist

$$= \frac{\text{Anzahl tariflicher AT pro Jahr}}{5} \times \text{tarifliche Wochenarbeitszeit}$$

Tabelle 12:

Tarifliche Regelungen und Leistungen[1] in ausgewählten Tarifbereichen in Ost- und Westdeutschland

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Wochen-arbeitszeit in Std.		Urlaub in Arbeitstagen		Urlaubsgeld		Jahressonderzahlung in % eines Monatsentgelts		Vermögens-wirksame Leistung in €/Mon.	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/ Bayern	40	40	20-30	Arb.: 23-26 Ang: 25-30	5,15 €/UT	7,50 €/UT	256 € sowie 7,70 € pro Besch.-jahr	Arb.: 250 €	-	-
Energie- und Versorgungs-wirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	38	38	30	30	-	-	100	50-100[2]	-	-
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	36	35	30	30	-	-	110	110	26,59	26,59
Chemische Industrie	40	37,5	30	30	20,45 €/UT	20,45 €/UT	65	95	13,29	39,88
Shell Deutschland Oil GmbH	37,5	37,5	30	30	1.050 €	1.050 €	122,5	122,5	[3]	
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	38	35	30	30	50 % UE	50 % UE	20-50	25-55	-	-
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	37,5	36	28	30	50 % UE	50 % UE	20-50	20-50	-	26,59
Holz u. Kunststoff verarb. Ind. Sachsen/Bayern	38	35	28	30	50 % UE	51 % UE	60	42-62	19,94	26,59
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	37	35	30	30	Arb.: 50 % UE Ang.: 2,3 % ME/UT	Arb.: 50 % UE Ang.: 2,3 % ME/UT	95	95	26,59	26,59
Druckindustrie	38	35	30	30	50 % des Tagesver-dienstes/UT	50 % des Tagesver-dienstes/UT	95	95	26,59	26,59
Textilindustrie Ost/Westfalen u. Osnabrück	40	37	30	30	270 €	638 €	60	100	-	20
Süßwarenindustrie	39	38	26-29	30	9,20 €/UT	13,80 €/UT	100	100	-	26,59 (B.-Württ.)
Bauhauptgewerbe	40	40	30	30	Arb.: 25 % UE Ang.: 24 €/UT	Arb.: 25 % UE Ang.: 24 €/UT	- -	Arb.: 93 Gesamtta-rifstunden-löhne Ang.: 55	- -	Arb.: 0,13 €/ Std.[4] Ang.: 23,52 €[5]
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	39	38,5	30	30	332,34/ 409,03 €	643,55 €	255,65 €	433,92 €	13,29	26,59

Fortsetzung Tabelle 12:

Tarifliche Regelungen und Leistungen[1] in ausgewählten Tarifbereichen in Ost- und Westdeutschland

Tarifbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Wochen-arbeitszeit in Std.		Urlaub in Arbeitstagen		Urlaubsgeld		Jahressonderzahlung in % eines Monatsentgelts		Vermögens-wirksame Leistung in in €/Mon.	
	O	W	O	W	O	W	O	W	O	W
Einzelhandel Ost/ Berlin-West	38[6]	37	25-30	25-30	45 %[7] ME[8]	50 % ME[8]	50[9]	62,5	13,29	13,29
Deutsche Bahn AG Konzern[10]	39	39	25-29	25-29	409,03 €	409,03 €	100	100	13,29	13,29
Deutsche Post AG	38,5	38,5	26-30	26-30	332,34 €	332,34 €	100[11]	100[11]	6,65	6,65
Deutsche Telekom AG	34	34	30	30	-	-	variable Entgeltbestand-teile in Abhängigkeit von leistungs- und ergebnis-bezogenen Größen		6,65	6,65
Privates Verkehrsgewerbe Thüringen (Spedition u. Güterverkehr)/Bayern	40	38,5	24-30[12]	27-30[13]	-	17 €/UT	400	169 - 668 € (W-Geld)	13,29	13,29-39,88
Bankgewerbe	39	39	30	30	-	-	100	100	40	40
Versicherungsgewerbe (Innendienst)	38	38	30	30	50 %	50 %	80	80	40	40
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	40	39	23-30	25-30	4,98 - 6,32 €/UT	200/ 240 €	498,51 €	50	-	19,94
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Ost/West Ang.: Berlin-Ost/Berlin-West	39	39	Arb.: 28-30[14] Ang.: 30	Arb.: 28-30[14] Ang.: 30	Arb.: 1,85 Tarifstunden-löhne / UT[15] Ang.: 32 % des Urlaubs-entgelts	Arb.: 1,85 Tarifstunden-löhne / UT[15] Ang.: 32 % des Urlaubs-entgelts	Arb.: - Ang.: 45 - 60 Tarif-stunden-entgelte	Arb.: - Ang.: 45 - 60 Tarif-stunden-entgelte	-	-
Öffentlicher Dienst Gemeinden	40	39	26-30	26-30	-	-	45-67,5	60-90	6,65	6,65
							jeweils zzgl. 25,56 €/Kind (Besitzstand)			

1) Regelungen gelten nicht automatisch auch für Auszubildende.
2) Zahlung einer 14. Verg. mit Garantiebetrag von 1.000/500 € für AN, die am 30.06.06 in einem Arbeitsverhältnis standen/für ab dem 01.07.06 neu eingestellte AN. Weitere Ausgestaltung obliegt den Betriebsparteien (dabei Veränderung des Gesamtbetrages für neu eingestellte AN möglich).
3) Betriebliche Vermögensbildung durch unentgeltliche Royal-Dutch-Aktien.
4) Bei AN-Eigenleistung von 0,02 €/Std.
5) Bei AN-Eigenleistung von 3,07 €/Mon.
6) Mecklenburg-Vorpommern: 39.
7) Mecklenburg-Vorpommern: 50 %.
8) Berechnungsgrundlage: Endgehalt VerkäuferIn zum Stichtag 1. Januar.
9) Berlin-Ost: 52,5 %.
10) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG; ohne abweichende Regelungen für Lokomotivführer.
11) Abweichende Regelungen für vor dem 01.09.03 begründete Arbeitsverhältnisse.
12) In Betrieben mit über 30 AN.
13) Abweichende Regelungen für vor dem 01.03.07 begründete Arbeitsverhältnisse.
14) Bei Ausscheiden innerhalb der ersten 6 Mon. Anspruch gemäß Bundesurlaubsgesetz.
15) Nach 6 Mon. BZ.

Tarifliche Niedriglöhne West

- nach Höhe der monatlichen Grundvergütung
in ausgewählten Tarifbereichen und Vergütungsgruppen -

Tätigkeiten	Tarifbereich	Vergütungsgruppe	Grundvergütung[1] in €	Stundenvergütung in €
Bote, Page	Hotels u. Gaststätten Saarland	E 1	1.118	6,46
VerkäuferIn (ungelernt, 1. Jahr)	Bäckerhandwerk Saarland	k. A.	1.179	6,82
Haushaltshilfe (o. Vorkenntnisse)	Privathaushalte NRW	VII	1.157	6,93
Arbeiter (Grundkenntnisse und -fähigkeiten erforderlich)	Landwirtschaft Nordrhein	L 1	1.218	7,00
FloristIn (3. Jahr)	Florist-Fachbetriebe West ohne Schleswig-Holstein	A 2	1.310	7,75
Gelernter Konditor (1. Jahr)	Konditorenhandwerk Hamburg	k. A.	1.315	7,87
FriseurIn (”Erste Kraft”)	Friseurhandwerk Pfalz	VI	1.312	8,15
GebäudeinnenreinigerIn	Gebäudereinigerhandwerk West	L 1[2]	1.377	8,15
FischverpackerIn	Fisch- u. Geflügelwirt. Cuxhaven	L 1	1.399	8,48
VerkäuferIn (2. Berufsjahr)	Einzelhandel Niedersachsen	G II	1.415	8,68
FilmvorführerIn (bis 3 Berufsj.)	Filmtheater West (höchste Ortsklasse)	k. A.	1.436	8,70
Sachbearbeitung Ein- u. Verkauf (bis 23. Lj.)	Schuhindustrie Niedersachsen, Bremen, NRW	G K3	1.591	9,41
AutomobilverkäuferIn (in d. Einarbeitung)	Kfz-Gewerbe Pfalz	K III	1.609	10,27
Nähen an Nähmaschinen oder Handnäharbeiten	Bekleidungsindustrie Bayern o. Unterfranken	L IV	1.666	10,41
Industriekaufmann/-frau (1. Tj.)	Papierverarb. Ind. Rhl.-Pfalz u. Saar	G 3	1.645	10,82
Stahlfacharbeiter (o. Berufserfahr.)	Eisen- und Stahlindustrie NRW	L 6	1.844	12,13

1) Beträge ggf. gerundet.
2) Mindestlohn.

Tarifliche Niedriglöhne Ost

- nach Höhe der monatlichen Grundvergütung
in ausgewählten Tarifbereichen und Vergütungsgruppen -

Tätigkeiten	Tarifbereich	Vergü-tungs-gruppe	Grund-vergütung[1] in €	Stunden-vergütung in €
FriseurIn (im 1. Bj. n. abgeschl. Ausbildung)	Friseurhandwerk Sachsen	I	615	3,82
VerkäuferIn (ungelernt**,** 1. Jahr)	Bäcker- und Konditorenhandwerk Brandenburg	16	854	4,93
Hoteldiener, Bellboy	Hotels u. Gaststätten Mecklenburg-Vorpommern	1	914	5,28
FloristIn (3. Jahr)	Florist-Fachbetriebe Sachsen-Anhalt	A 2	959	5,39
VerkäuferIn (ungelernt**,** 1. Jahr)	Bäckerhandwerk Sachsen	I/2	1.082	6,25
Arbeiter (Grundkenntnisse u. -fähigkeiten erforderlich)	Landwirtschaft Sachsen	L 1	1.096	6,30
GebäudeinnenreinigerIn	Gebäudereinigerhandwerk Mecklenburg-Vorp., Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt	L 1[2]	1.111	6,58
Gelernter Konditor (1. Jahr)	Bäcker- und Konditorenhandwerk Brandenburg	5	1.329	7,68
Haushaltshilfe (o. Vorkenntnisse)	Privathaushalte Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen	VII	1.306	7,82
AutomobilverkäuferIn (in d. Einarbeitung)	Kfz-Gewerbe Mecklenburg-Vorpommern	G3	1.345	8,25
FilmvorführerIn (bis 3 Berufsj.)	Filmtheater Ost (höchste Ortsklasse)	k. A.	1.436	8,70
VerkäuferIn (1. Tätigkeitsjahr)	Einzelhandel Mecklenburg-Vorpommern	G2	1.479	8,75
Sachbarbeitung Ein- und Verkauf (bis 23. Lebensjahr)	Schuhindustrie Ost	G K3	1.591	9,42
kaufmännische/r Angestellte/r (1. Tätigkeitsjahr)	Papierverarbeit. Industrie Sachsen, S.-Anhalt, Thüringen	G 3	1.766	11,04
Stahlfacharbeiter (o. Berufserfahr.)	Eisen- und Stahlindustrie Ost	L 6	1.844	11,74

1) Beträge ggf. gerundet.
2) Mindestlohn.

Tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz
- in Euro/Stunde -

I. Geltende Verträge

Branche	**Beschäftigte**	**Mindestlohn**
Abbruch- u. Abwrackgewerbe	9.700	ab 04/2008
West inkl. Berlin	Hilfskraft	9,79
	Fachwerker	11,96
Ost	Hilfskraft	9,10
	Fachwerker	10,16

Bauhauptgewerbe	388.900	ab 09/2008
West inkl. Berlin	Werker	10,70
	Fachwerker	12,85 (Berlin: 12,70)
Ost	Werker	9,00
	Fachwerker	9,80

Briefdienstleistungen	140.000	ab 01/2008	ab 01/2010
West inkl. Berlin	Briefzusteller	9,80	
	sonstige Tätigkeiten	8,40	
Ost	Briefzusteller	9,00	9,80
	sonstige Tätigkeiten	8,00	8,40

Dachdeckerhandwerk	59.000	ab 01/2008	ab 01/2009
West und Ost	Mindestlohn	10,20	10,40

Elektrohandwerk (Montage)	282.600	ab 01/2008	ab 01/2009	ab 01/2010
West	Mindestentgelt	9,40	9,55	9,60
Ost inkl. Berlin	Mindestentgelt	7,90	8,05	8,20

Gebäudereinigerhandwerk	700.000 *	ab 03/2008
West inkl. Berlin	unterste Lohngr.	8,15
Ost	unterste Lohngr.	6,58

* sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: 335.300

Maler- u. Lackiererhandwerk	111.400	ab 04/2008
West	ungelernter AN	8,05
	Geselle	11,05
Ost	ungelernter AN	7,50
	Geselle	9,65

II. Antrag auf Aufnahme ins AEntG gestellt:

Aufnahme in das AEntG lt. Koalitionsbeschluss vom Januar 2009 vorgesehen

Branche	Beschäftigte	Mindestlohn	
Bergbauspezialarbeiten	2.500	ab 01/2009	ab 07/2009
	Mindestlohn I	10,96	11,17
	Mindestlohn II (Hauer/ Facharbeiter)	12,17	12,41

Berufliche Weiterbildung	23.000	
West	Verwaltungs-angestellte/r	10,71
Ost		9,53
West	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	12,28
Ost		10,93

Entsorgungswirtschaft	130.000	ab 05/2009
		8,02

Industrielle textile Dienste	35.000	ab 03/2008
West	Mindestentgelt	1.480,74*
Ost	Mindestentgelt	1.393,74*

* Monatsvergütung

Pflegedienste (Altenpflege)*	565.000	

* Konkrete Regelungen liegen noch nicht vor.

Wach- und Sicherheitsgewerbe*	177.000	ab 05/2009
		6,00 - 8,32

* Abschluss mit Gew. Öffentlicher Dienst und Dienstleistungen (GÖD), Mitglied im Christlichen Gewerkschaftsbund Deutschlands (CGB)

Nicht zur Aufnahme in das AEntG vorgesehen:

Private Forstdienstleister	10.000	ab 04/2008	01/2009	07/2009
	Mindestlohn	8,50	9,38	10,26

Zeitarbeit*	630.000	ab 01/2008
West	Mindestentgelt	7,31
Ost inkl. Berlin	Mindestentgelt	6,36

* Regelung einer Lohnuntergrenze im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) vorgesehen.

Beschäftigtenzahlen: WSI-Tarifarchiv, BMA nach Angaben der Tarifparteien.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 22.01.2009

Übersicht über ausgewählte Tarifabschlüsse 2008

Die nachstehende Übersicht enthält neben den Abschlüssen aus der Tarifrunde 2008 auch Stufenerhöhungen und sonstige Zahlungen für 2008, die bereits in den Tarifrunden 2005/2006/2007 vereinbart wurden.

Bauhauptgewerbe, 567 700 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* 1,5 % Stufenerhöhung ab 01.04.08, 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.09.08, zusätzliche Einmalzahlungen als mtl. Festbetrag von 0,4/0,5 % eines ME (Arb.: Basis 173 Std./Mon.) ab 01.06.07/01.04.08, jew. aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 31.03.09.
  West und Berlin-West und -Ost: Erhöhung der Mindestlöhne von 10,40/12,50 €/Std. auf 10,70/12,85 €/Std. (Berlin: 10,70/12,70 €/Std.) jew. LGr. 1/2 ab 01.09.08. *Ost*: Unveränderte Festschreibung der Mindestlöhne (9,00/9,80 €/Std. LGr. 1/2); Laufzeit jew. bis 31.08.09 aus Abschlüssen 2007/2008.

Chemische Industrie, alle West-Bereiche, 520 500 AN (IG BCE)

- *Entgelt*: 4,4 % regional unterschiedlich ab 01.03., 01.04. und 01.05.08 für 13 Monate, 3,3 % Stufenerhöhung für weitere 12 Monate, 7,0/7,8/9,1 % eines ME als zusätzliche Einmalzahlung für AN in Normal-/teil-/vollkontinuierlicher Wechselschicht, zahlbar bis 31.07.08, Kürzung oder Wegfall aus wirtschaftlichen Gründen möglich, Laufzeit bis 31.03., 30.04. und 31.05.10.
- *Sonstiges:* Erstabschluss eines TV „Lebensarbeitszeit und Demografie“ mit u.a. Regelungen zur alterns- und altersgerechten Arbeitsorganisation, Qualifizierung, Gesundheitsförderung, Altersteilzeit, Langzeitkonten, Chemie-Altersvorsorge, Teilrente und einer Berufsunfähigkeitszusatzversicherung Chemie (BUC), Einrichtung von Demografiefonds auf betrieblicher Ebene, ab Januar 2010 jährlicher AG-Beitrag von 300 € je AN, ab 2011 erhöht um den jeweiligen prozentualen Tariferhöhungssatz des Vorjahres, Laufzeit: 01.05.08 bis 31.12.15.
  Konkretisierung der Ausbildungsplatzzahlen im TV „Zukunft durch Ausbildung“ auf insgesamt 16 800 Ausbildungsplätze für 2009 und 2010; Verpflichtung zur Vertragsverlängerung über 2010 hinaus.

Ost, 38 600 AN (IG BCE)

- *Entgelt:* Abschluss wie West ab 01.05.08; als Angleichungsfaktor an das Tarifniveau Berlin-West weitere Stufenerhöhungen von 2,0/1,98 % jew. ab Oktober 2008 und 2009; Anhebung der Endstufen der Gr. E 5 bis E 8 zwischen 0,6 und 2,6 % ab 01.10.09.
- *Sonstiges:* Übernahme des TV „Lebensarbeitszeit und Demografie“.
  Jew. 700 Ausbildungsplätze in den Jahren 2008 und 2009.

Deutsche Bahn AG Konzern (hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, Railion Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service), 134 000 AN (Transnet)

- *Entgelt:* 4,5 % ab 01.01.08, Laufzeit bis 31.01.09, garantierter Entgeltzuwachs von 1 600 € während der Laufzeit für Vollzeit-AN, jew. aus Abschluss 2007; 1,9 % oder 50 € mtl. Festbetrag ab 01.03.08 aus Abschluss 2005;
  Vereinbarung einer neuen Entg.-Struktur bestehend aus funktionsübergreifendem Basis-TV und 6 funktionsspezifischen TVen mit 10 Tätigkeitsgr. ab 01.03.08, Bereitstellung eines Gesamtvolumens von 6,5 % für die Einführung, garantierte individuelle Einkommenssteigerung von mind. 10 % bis 2010 unter Anrechnung der Einkommensrunden ab 2007; neues eigenständiges Tarifwerk für Lokomotivführer.

Deutsche Post AG, 128 000 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 200 € Pauschale insg. für Mai bis Oktober, 4,0 % ab 01.11.08, 3,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.09, Laufzeit bis 30.06.10.
- *Sonstiges*: Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen bis 30.06.11, Kürzung bezahlter Kurzpausen.

Druckindustrie, 172 900 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.08 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 31.03.09.

Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, 441 600 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 400 € Pauschale insg. für Mai 2007 bis April 2008, 3,0 % ab 01.05.08, Laufzeit bis 30.04.09.
- *Urlaubsgeld, Sonderzahlung:* unveränderte Wiederinkraftsetzung bis 31.12.10.
- *Sonstiges:* Wiederinkraftsetzung des MTV mit u.a. Wegfall des Zuschlags für Spätöffnungsarbeit an Samstagen zwischen 14.30 und 18.30 Uhr, zur Kompensation je 150 € in 2009/2010, Laufzeit bis 31.12.10; Verhandlungsverpflichtungen zu Langzeitkonten (zwischenzeitlich Möglichkeit zur Einführung von Langzeitkonten durch BV) sowie zur AZ-Flexibilität; Bestandsaufnahme zur Sicherheit/Gesundheit der AN und ggf. Einleitung von Maßnahmen zu deren Förderung; Überprüfung der Erfahrungen mit Spätöffnungszuschlägen ab Mai 2009.

Alle Ost-Bereiche, 290 800 Arb./Ang. (ver.di)
Regional unterschiedlich:

- *Lohn und Gehalt:* 400 € Pauschale insg. für Mai/Juli 2007 bis April/Juni 2008, 3,0 % ab 01.05./01.07.08, unveränderte Wiederinkraftsetzung der Mittelstandsklausel, Laufzeit bis 30.04./30.06.09.
- *Zuschläge, Sonstiges:* Wiederinkraftsetzung des MTV, u.a. Wegfall des Zuschlags für Spätöffnungsarbeit an Samstagen zwischen 14.30/15.00/15.30 und 18.30 Uhr, zur Kompensation je 86,72/101,17/115,63/131,25 € in 2009/2010, Laufzeit bis 31.12.10; Vereinbarungen zu Langzeitkonten, Sicherheit/Gesundheit und Spätöffnungszuschlägen analog Nordrhein-Westfalen.

Eisen- und Stahlindustrie Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen,
94 000 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt*: 200 € Pauschale für Februar 2008, 5,2 % ab 01.03.08, Laufzeit bis 31.03.09.
- *Sonstiges*: Abschluss der Verhandlungen über einen gemeinsamen Entgelt-Rahmen-TV (GERT) bis Ende Juni 2009.

Ost, 16 500 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt, Sonstiges:* Abschluss wie West.

Tarifabschlüsse 2008

Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich), 8 500 (IG BCE/ver.di)

- *Entgelt*: 4,0 % ab 01.07.08, 3,5 % Stufenerhöhung ab 01.07.09, Laufzeit bis 30.06.10.
- *Sonstiges*: Aufforderung der AG an die Mitgliedsunternehmen zur Beibehaltung des Ausbildungsplatzniveaus und Empfehlung zur Übernahme Ausgebildeter für mind. 12 Mon.

Ost (AVEU), 24 000 AN (IG BCE/ver.di)

- *Entgelt*: 3,9 % ab 01.05.08, Laufzeit bis 30.04.09.

Gebäudereinigerhandwerk, 369 900 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn:* 3,5 % ab 01.03.08, Laufzeit bis 30.09.09, Stufenplan für die LGr. 5 - 9 zur Erreichung eines einheitlichen Tarifniveaus der Tarifgebiete *Ost* bis 2011, jew. aus Abschluss 2007.
- *Gehalt:* Verpflichtung des Bundesinnungsverbandes zur Abgabe einer Empfehlung zur analogen Erhöhung an die Mitgliedsbetriebe aus Abschluss 2007.

Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, 300 500 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 2,0 % Stufenerhöhung zzgl. 7,50 € für alle Gruppen (= 2,4 % im Durchschnitt) ab 01.07.08 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 30.04.09.

Sachsen-Anhalt, 15 200 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* Abschluss wie Nordrhein-Westfalen.

Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe, 49 600 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* 345 € zusätzliche Einmalzahlung insg. für Juni bis August 2008, 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.08 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 30.04.09.

Sachsen, 12 000 AN (IGM)

- *Entgelt*: 2,6 % Stufenerhöhung ab 01.07.08 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 30.04.09.

Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern, 115 200 AN (NGG)

- *Entgelt:* 3,0 % ab 01.05.08, 2,5 % Stufenerhöhung ab 01.09.09, Laufzeit bis 30.09.10.

Sachsen, 30 300 AN (NGG)

- *Entgelt:* 60 € Pauschale für Juli bis September, 3,0 % ab 01.10.08, 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.01.10, Laufzeit bis 31.12.10.

Kfz-Gewerbe Hessen, 29 700 AN (IGM/ver.di)

- *Entgelt:* Nach einem Nullmonat (März), 2,5 % ab 01.04.08, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.08, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.12.09, Laufzeit bis 30.04.10.

Thüringen, 10 900 AN (IGM)

- *Entgelt:* 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.01.08, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.01.09, jew. aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 31.12.09.

Landwirtschaft Bayern, 11 700 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn:* 200 € Pauschale insg. für Januar bis Mai, Erhöhung Ecklohn: 3,8 % ab 01.06.08, neue Lohnstruktur mit 6 Gr. von 7,44 bis 12,22 €/Std., 3,3 % Stufenerhöhung ab 01.02.09, Laufzeit bis 31.03.10.
- *Gehalt:* 400 € Pauschale insg. für Januar bis Juli, 3,8 % ab 01.08.08, neue Gehaltsstruktur mit 5 Gr. (ab Meister und höherwertige Tätigkeiten), 3,3 % Stufenerhöhung ab 01.02.09, Laufzeit bis 31.12.10.
- *Arbeitszeit:* Verteilung der Jahres-AZ (2.088 Std.) auf bis zu 50 Std./W. möglich; Insolvenzsicherung von AZ-Konten; Wegfall des zusätzlichen freien Tages.
- *Urlaubsgeld:* Erhöhung von 7,36/6,14 €/UT (Arb.) bzw. 6,75/5,62 €/UT (Ang.) auf einheitlich 7,50/6,50 €/UT in Betrieben mit/mehr als 5 AT/W.
- *Sonderzahlung:* Arb.: Erhöhung von 204,52 € auf 250 €.
- *Sonstiges:* Neufassung der RTVe, Laufzeit bis 31.12.10

Mecklenburg-Vorpommern, 15 400 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* nach 2 Nullmonaten (Januar und Februar) 3,8 % ab 01.03.08, 3,3 % Stufenerhöhung ab 01.02.09, Laufzeit bis 31.03.10.

Metallindustrie, 3 456 900 Arb./Ang./AN (IGM)

- *Lohn und Gehalt, Entgelt:* 1,7 % Stufenerhöhung ab 01.06.08, jew. 0,7 % eines ME als zusätzliche Einmalzahlung für Juni bis Oktober (= 3,98 % unter Berücksichtigung des U-Geldes), zahlbar im August, Verschiebung der Stufenerhöhung und der zusätzlichen Einmalzahlung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes um max. 4 Mon. durch BV möglich, aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 31.10.08;
  510 € Pauschale insg. für November 2008 bis Januar 2009, 2,1 % ab 01.02.09, 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.05.09, 122 € zusätzliche Einmalzahlung im September 2009; Verschiebung der Stufenerhöhung um bis zu 7 Mon. sowie entsprechende Kürzung der zusätzlichen Einmalzahlung in Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes durch BV möglich; jew. 0,4 % eines ME als zusätzliche Einmalzahlung für Januar bis April 2010 zur Finanzierung des AN-Beitrags zur Altersteilzeit; Laufzeit bis 30.04.10.
- *Sonstiges:* Wiederinkraftsetzung des TV zur Altersteilzeit bis 31.12.09; Erstabschluss eines TV zum flexiblen Übergang in die Rente u. a. mit einem Rechtsanspruch für max. 4 % der AN unter der Voraussetzung von mind. 12 J. BZ, frühestens ab vollend. 57. Lj., einer Dauer von längstens 6 J. sowie einer paritätischen Finanzierung durch AN und AG, Laufzeit 01.01.10 bis 31.12.16; *Nordrhein-Westfalen*: TV zur Förderung der Ausbildungsfähigkeit; *Niedersachsen, Osnabrück-Emsland, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Sachsen*: Vereinbarung zum Umgang mit den ERA-Strukturkomponenten von mtl. insg. 2,79 % eines ME, in Betrieben, die den ERA-TV noch nicht eingeführt haben; unveränderte Verlängerung der Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung/Zusammenführung der Tarifverträge zur Beschäftigungssicherung sowie zur Wettbewerbs- und Standortsicherung (regional unterschiedlich; ohne Sachsen-Anhalt) in einen Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung und zum Beschäftigungsaufbau.

Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden, 1 213 500 AN (ver.di)

- *Entgelt*: vorab 50 € Erhöhung (= 1,9 % im Durchschnitt), 3,1 % ab 01.01.08 (Gemeinden Ost: jew. ab 01.04.08), 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.01.09 sowie 225 € zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2009, Laufzeit bis 31.12.09.
  Bund Ost: Vorziehen der Tarifniveau-Anpassung von 92,5 auf 100 % von West für die EntgGr. 10-15 vom 01.01.10 auf den 01.04.08 (aus Abschluss 2003: Anpassung der EntgGr. 1-9 von 92,5/97 % (Bund/Gemeinden) auf 100 % von West ab 01.01.08).
- *Arbeitszeit*: *Gemeinden West*: von 38,5 auf 39 Std./W. ab 01.07.08; Wegfall der Öff-

nungsklausel mit der Möglichkeit der Verlängerung der AZ auf bis zu 40 Std./W. durch landesbezirklichen TV und Anpassung der auf dieser Grundlage geschlossenen TVe an die neue AZ-Regelung; Verwendung von 2,5 AT für Zwecke der Vorbereitung und Qualifizierung im Erziehungsdienst.

- *Sonstiges*: Regelungen zur Umsetzung der Restanten zum 01.07.08; Daraufhinwirken der TV-Parteien zur befristeten Übernahme Ausgebildeter für 12 Mon., gilt nicht bei Ausbildung über Bedarf hinaus.

Abweichende Regelungen für die Bereiche kommunale Krankenhäuser, Nahverkehr (TV-N) und Versorgung (TV-V).

Länder (ohne Hessen und Berlin), 605 100 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 2,9 % aufgerundet auf volle 5 € (= 3,0 % im Durchschnitt) ab 01.01./01.05.08 West/Ost aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 31.12.08.

Land Hessen, 38 300 Arb./Ang. (ver.di)
Eckpunktevereinbarung

- *Lohn und Gehalt:* nach 35 Nullmonaten (Februar 2005 bis Dezember 2007) 3,0 % eines ME als Einmalzahlung für Januar bis März sowie zusätzliche Einmalzahlung von 100/ 150 €, gestaffelt nach Lohn-/GehGr., 3,0 % ab 01.04.08 (unter Anrechnung der vom Land bereits gezahlten 2,4 %).
- *Sonstiges:* Aufnahme gesonderter Verhandlungen zur Einkommensentwicklung 2009 und Beauftragung von Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von TV-Entwürfen (z.B. MTV, Übergangsrecht).

Land Berlin, 58 300 Arb./Ang. (ver.di, GdP, GEW, IG BAU)

- *Lohn und Gehalt*: nach 35 Nullmonaten (Februar 2005 bis Dezember 2007) 300 € vom Senat einseitig gezahlte Pauschale für 2008; nach weiteren 5 Nullmonaten (Januar bis Mai 2009) 65 € Festbetrag für alle Gruppen, Laufzeit bis 31.12.2009.
- *Sonstiges*: Einigkeit der TV-Parteien, dass die Absenkungsregelungen des Anwendungs-TV Berlin nicht verlängert und damit die Bezüge und Arbeitszeiten zum 01.01.10 wieder angehoben werden; Verhandlungsaufnahme in 2009 zur Ablösung der „alten“ TVe BAT/BMT-G (u.a.) durch den TVöD/TV-L bis 31.12.09.

Papier, Pappe und Kunststoff verarbeitende Industrie, 75 100 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* nach einem Nullmonat (April) 3,9 % ab 01.05.08, 2,9 % Stufenerhöhung ab 01.05.09, Laufzeit bis 30.04.10.

Steinkohlenbergbau, alle West-Bereiche, 35 400 Arb./Ang. (IG BCE)

- *Lohn und Gehalt*: 300 € Pauschale insg. für Januar bis April, 3,4 % ab 01.05.08, 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.07.09, Laufzeit bis 31.12.10.
- *Sonderzahlung*: Festschreibung des W-Geldes von 2 000 € bis 31.12.12.

Süßwarenindustrie Baden-Württemberg, 4 000 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.07.08 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 30.06.09.

Ost, 7 300 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,4 % ab 01.01.08, 2,3 % Stufenerhöhung ab 01.01.09, Laufzeit bis 31.12.09.

Textil- und Bekleidungsindustrie West, 95 200 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* nach einem Nullmonat (März) 200 € Pauschale insg. für April und Mai, 3,6 % ab 01.06.08, Möglichkeit zur Verschiebung und Kürzung der Pauschale durch BV, Beschäftigungszusage als Voraussetzung, Laufzeit bis 28.02.09.
- *Sonstiges:* Verlängerung des TV Altersteilzeit bis 31.12.09; Erarbeitung eines Entgeltrahmen-TV-Entwurfs (TERA) bis 31.01.09.

Textilindustrie Ost, 11 800 AN (IGM)

- *Entgelt:* 2,7 % Stufenerhöhung ab 01.07.08 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 31.03.09.

Versicherungsgewerbe (Innendienst), 162 900 AN (ver.di)

- *Entgelt*: 3,0 % ab 01.01.08, 1,6 % Stufenerhöhung ab 01.01.09, 3,6 % eines ME als zusätzliche Einmalzahlung im Juli 2008 aus Abschluss 2007, Laufzeit bis 30.09.09.

Zeitarbeit West und Ost, 488 000 AN (DGB-Tarifgemeinschaft)
unter Voraussetzung der Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit auf Basis des AN-Entsendegesetzes

- *Mindestentgelt:* West ohne Berlin-West/Ost, Berlin-West:
  7,31/6,36 €/Std. ab 01.01.08 aus Abschluss 2006, Laufzeit bis 31.12. 08.

Schwerpunktthema:

60 Jahre Tarifvertragsgesetz -

Stationen der Tarifpolitik von 1949 bis 2009

WSI-Tarifhandbuch 2009

- Tarifabschlüsse 2008/2009
- Aktuelle Tarif-Rechtsprechung
- **Schwerpunktthema: "60 Jahre Tarifvertragsgesetz - Stationen der Tarifpolitik von 1949 bis 2009"**
- Tarifdaten zu 50 Wirtschaftszweigen
- Einführung in das Tarifsystem
- Tarifvertragsgesetz
- Glossar mit über 150 Fachbegriffen

Erscheint Ende April 2009 - jetzt vorbestellen:

Bitte einsenden/faxen an:

WSI-Tarifarchiv
in der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf

Fax-Nr.: 0211/77 78-250

Hiermit bestelle ich:

... Ex. **WSI-Tarifhandbuch 2009**
Frankfurt, Bund Verlag
ca. 300 Seiten, 19,90* €
zzgl. Versand

Name:.....

Anschrift:.....

.....

.....

Datum/Unterschrift: .....

* ab 20/50/100/250 Exemplaren gibt es 10/15/20/25 % Rabatt